



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, alle anwesenden Personen der Verwaltungsleitung, Vertreterinnen der Medien und allfällige Gäste, ich begrüße Sie ganz herzlich zur achten Stadtratssitzung dieses Jahres und somit, wie Sie ja bereits wissen, auch zur zweitletzten in diesem Jahr. Leider beschäftigt uns dieser Virus noch weiter und wie Sie aus den Medien entnehmen konnten, gilt auch heute wieder Maskenpflicht, es sei denn, jemand tritt ans Mikrofon, so darf die Maske dafür abgezogen werden. Ich bitte Sie auch darum Abstand zu wahren und die Hygienemassnahmen zu beachten, damit wir dieses Virus irgendeinmal in den Griff bekommen.

Daneben bitte ich alle, die noch im Besitz eines alten Schlüssels für das Verwaltungsgebäude sind, diesen heute Abend nach der Sitzung bei der Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider zu deponieren. Diejenigen, die nun den Schlüssel nicht dabei haben, können diesen im Verlaufe der nächsten Tage in ein Couvert stecken und an das Stadtratssekretariat adressiert einwerfen.

Das Protokoll der letzten Stadtratssitzung vom 1. November 2021 liegt vor und ist auf der Webseite der Stadt freigeschaltet. Ich möchte allen Mitwirkenden für das Verfassen des Protokolls ganz herzlich danken.

Nun bitte ich Simone Burkhard Schneider die Anwesenheitskontrolle durchzuführen:

- 37 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.
 - 3 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.
 - 1 Mitglied des Gemeinderates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Ganz herzlichen Dank für den Appell. Ich stelle somit zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgten wie immer vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste wie auch die entsprechenden Dokumente standen Ihnen auch auf der Webseite zum Download zur Verfügung. Nun frage ich an, ob es noch Bemerkungen zur Traktandenliste gibt? Wenn dies nicht zutrifft, gehen wir zu Traktandum Nr. 1 über.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 29. November 2021

1. **Protokoll der Stadtratssitzung vom 1. November 2021: Kenntnisnahme**

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wie erwähnt, steht das Protokoll auf der Homepage zur Einsicht zur Verfügung. Gibt es dazu irgendwelche Bemerkungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Das Protokoll gilt somit als zur Kenntnis genommen.



2. **Postulat (gewandelte dringliche Motion) der SP/GL-Fraktion vom 23. November 2020: Wiedereinführung SIP: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir kommen zu Traktandum Nr. 2. Hier geht es um das Postulat betreffend die Wiedereinführung der SIP¹. Dazu möchte ich fragen, ob das Eintreten bestritten wird? Das scheint nicht der Fall zu sein und ist somit stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir kommen zur Beratung. Die Berichterstattung des Gemeinderates liegt schriftlich vor und die GPK meldete dazu keine Stellungnahme an. Ich möchte hier nun dem Sprecher des Postulats das Wort erteilen.

Sprecher des Postulats, Roland Loser (SP): Die SP/GL-Fraktion nahm die Ausführungen des Gemeinderates wohlwollend entgegen. Wir sind froh, dass der Gemeinderat zum selben Schluss kam, dass es diese SIP braucht und man doch darauf hinarbeiten sollte, diese wieder einzuführen. Obwohl wir nun während der Coronakrise vielleicht etwas weniger Leute in der Stadt hatten und es weniger Trubel gab, konnte das Gefühl aufkommen, dass die SIP vielleicht nicht benötigt wird. Wir glauben hingegen, dass es dies in Zukunft sehr wohl wieder brauchen wird, damit die Lage im Griff behalten werden kann. Von dem her sind wir froh, wenn dies weitergeht und wir dabei hoffen, dass eine gute Lösung gefunden werden kann, die unsere Anliegen berücksichtigt. In diesem Sinn sind wir auch mit der Abschreibung des Postulats einverstanden. Merci.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Wem darf ich dazu das Wort übergeben? Möchte sich niemand äussern?

glp/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Als jemand, der die SIP über eine längere Zeit begleitete, freut es mich sehr zu lesen und zu sehen, über welchen Rückhalt die SIP immer noch in Langenthal verfügt, wie man dies den verschiedenen Mitberichten entnehmen konnte. Diese Schnittstellenfunktion der SIP, die sie einerseits mit dem Lokalbezug und andererseits mit ihrem sozialarbeiterischen Know-How aufwies, zeigt eben auch, dass es sie braucht und es wichtig und richtig ist, diese erneut einzuführen. Ich denke, dass es bei der Wiedereinführung wieder wichtig ist darauf zu achten, dass genau diese beiden Punkte als die wichtigsten Elemente angesehen werden, damit die Erfolgsgeschichte, die die SIP aus meiner Sicht auch darstellt, weitergeführt werden kann. Aus diesem Grund freut es uns als Fraktion sehr, dass der Gemeinderat diesbezüglich aktiv werden möchte und wir dies unterstützen.

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP): Die FDP/jll-Fraktion nahm vom Prüfbericht des Gemeinderates zu diesem Postulat mit grossem Interesse Kenntnis, zumal es sich hier um ein Thema handelt, das hier im Rat bereits so richtig für Furore sorgte, aber auch unter den Menschen in der Stadt. Man kann das Fazit ziehen, dass eigentlich niemand wollte, dass es die SIP nicht mehr gibt. Von dem her begrüssen wir es auch, dass es wiedereingeführt werden soll. Immerhin machten wir uns dazu schon noch unsere Gedanken, weil in diesem Prüfbericht zu lesen war, dass die Kantonspolizei die Sicherheitslage im Vergleich zurzeit, als die SIP-Patrouille noch unterwegs war, als unverändert und als gleichgeblieben beurteilt. Daraus könnte ja auch die Frage gestellt werden, warum nun viel Geld für eine Wiedereinführung ausgegeben werden soll, wenn sich ja gar keine Veränderung einstellte? Wir kamen dann aber schon zur Überzeugung, dass dies wahrscheinlich kurzfristig wäre, wenn man so denken würde, weil sicherlich die besondere Situation der letzten bald zwei Jahre mit dieser Pandemie und all ihren Begleiterscheinungen zu berücksichtigen ist. Zeitweise mussten ja die Wirtschaften geschlossen bleiben und man konnte nicht in den Ausgang gehen. Auch das Wetter spielte letzten Sommer nicht gerade mit und so kommen verschiedene Faktoren zusammen, die in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren zu dieser wirklich relativ ruhigen Lage in Langenthal führten. Aber wir

¹ SIP = Sicherheit – Intervention – Prävention.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 29. November 2021

sollten uns sicherlich nicht darauf verlassen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Deshalb bleibt die FDP/jll-Fraktion dabei, dass die SIP eine gute Sache war und viel brachte, sodass wir für die Zukunft wieder ein solches Instrument zu Hand haben möchten. Deshalb unterstützt auch die FDP/jll-Fraktion den Gemeinderat in seinen Bestrebungen, der wieder eine ähnliche oder gleiche Organisation aufziehen und auf Anfang 2023 einführen möchte. Das ist ja dann hoffentlich auch der Zeitpunkt, wo man dann auch wirklich wieder normal in den Ausgang gehen können sollte. Danke.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher, die sich dazu äussern möchten? Dem scheint nicht so. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die Stellung nehmen möchten? Möchte der Gemeinderat noch das Wort? Da auch dies nicht zutrifft, schliesse ich die Beratung. Möchtest Du, Roland Loser, nochmals etwas dazu sagen? Nein. So kommen wir zur Abstimmung. Wer der Abschreibung gemäss dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziff. 1 zustimmen möchte, zeigt dies nun bitte mit der Stimmkarte an. Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) einstimmig:

- 1. Das Postulat der SP/GL Fraktion vom 23. November 2020 «Wiedereinführung SIP» wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



3. **Postulat (gewandelte Motion) Käser Gerhard (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. Oktober 2019: Allmendverordnung Marktgasse: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Es folgt bereits Traktandum Nr. 3. Hier geht es erneut um das Postulat, das von Gerhard Käser (SP) und Mitunterzeichnende eingereicht wurde. Hier geht es um die Allmendverordnung der Marktgasse. Wird dazu das Eintreten bestritten? Das trifft nicht zu und wir kommen zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Auch hierzu liegt eine schriftliche Beantwortung durch den Gemeinderat vor. Seitens der GPK wurde keine Stellungnahme angemeldet. So frage ich Gerhard Käser als Sprecher des Postulats an, ob er dazu Stellung nehmen möchte?

Sprecher des Postulats, Gerhard Käser (SP): Die SP/GL-Fraktion las diesen Prüfbericht mit Wohlwollen, der dabei ja auch sehr ausführlich ausfiel. Es ist natürlich schade, dass das Trassee wegen dem Hochwasserschutz und so weiter nicht besser genutzt werden kann. Ich denke mit einer Regelung der Zufahrten zu gewissen Zeiten wäre es wohl schon möglich gewesen, das Trassee dennoch zu gebrauchen. Es ist aber gut, wenn dies im Entwicklungskonzept auch effektiv berücksichtigt wird und der Gastronomiebetrieb zumindest oben auf den hohen Trottoirs ermöglicht werden soll. Ein bisschen störend fanden wir das Argument bezüglich Bevölkerungsbefragung, da dazu ja alles mit «gut» oder «sehr gut» beurteilt wurde. Das ist etwa dasselbe wie mit der Befragung zur Unfallstatistik bei den Elterntaxis. Vielleicht wollten ja diejenigen, die nur «gut» ankreuzten, genau das, ansonsten sie wohl das Feld mit «sehr gut» markiert hätten. Ich glaube deshalb, dass man mit diesen Begründungen etwas zurückhaltend umgehen muss.

Sie erinnern sich vielleicht daran, dass ich noch eine dringliche Motion wegen Corona nachschob, da diese Motion hier kurz vor Corona eingereicht wurde. Ich muss sagen, dass ich enttäuscht war, dass von diesen Möglichkeiten, die sich durch die dringliche Motion ergaben, das Trassee mit relativ geringem Aufwand zu nutzen, sehr wenig Gebrauch gemacht wurde. Die Gastronomie schätzte dies offenbar nicht wahnsinnig. Ich führte dazu einige Gespräche und die Leute meinten, dass dies personalplanerisch und so nicht möglich war. Wenn man dann aber sieht, dass man in den Sommerferien, kaum war geöffnet, aufgrund Betriebsferien bereits wieder vor verschlossenen Türen stand, gewann ich doch das Gefühl, dass die Finanzhilfen am richtigen Ort ankamen. Das erlebte ich seitens der Gastronomie zum Teil nicht als wahnsinnig kreativ. Ich versuchte dazu eine Plattform anzubieten, in der die Gastronomiebetriebe bei schönem Wetter innerhalb einer kurzen Zeit etwas Geld hätten verdienen können. Deshalb ist dies für uns nun eigentlich erledigt, so dass wir der Abschreibung einstimmig zustimmen werden. Merci.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. Möchte jemand seitens der Fraktionen das Wort ergreifen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Auch dem ist nicht so. Möchte der Gemeinderat noch etwas sagen? Nein, so ist die Beratung hiermit abgeschlossen. Ich nehme an, dass auch der Sprecher des Postulats nicht noch einmal das Wort ergreifen möchte. So kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziff. 1 mit dieser Abschreibung einverstanden ist und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dazu nun bitte die Karte hochhalten. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

1. Das Postulat Käser Gerhard (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. Oktober 2019 «Allmendverordnung Marktgasse» wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 29. November 2021

2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



4. **Dringliche Motion Freudiger Patrick (SVP), Häfliger Dyami (glp), Fluri Patrick (SVP), Fankhauser Fabian (glp), Grossenbacher Corinna (SVP), Fankhauser Janosch (SVP) vom 20. September 2021: Varianten fürs Budget 2023 ermöglichen eine fundierte Debatte: Stellungnahme**

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp): Es folgt Traktandum Nr. 4 mit der dringlichen Motion von Patrick Freudiger, Dyami Häfliger, Patrick Fluri, Fabian Fankhauser, Corinna Grossenbacher und Janosch Fankhauser in Sachen Varianten fürs Budget 2023. Das Eintreten dazu ist zwingend, sodass wir gleich zur Beratung kommen.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp): Die Berichterstattung des Gemeinderates konnten Sie in schriftlicher Form zur Kenntnis nehmen und eine Berichterstattung der GPK liegt keine vor. So bitte ich nun Dyami Häfliger als Sprecher der Motion um seine Stellungnahme.

Sprecher der Motion, Dyami Häfliger (glp): Besten Dank für diese Antwort auf unsere Motion. Wir würdigen dies als positiv, dass sich der Gemeinderat für eine Erheblichkeitserklärung ausspricht. Wir werten dies auch als konstruktiven Schritt und als ein konstruktives Signal für ein Miteinander zwischen Gemeinderat und Stadtrat und schlussendlich auch für eine offene, fundierte und sachbezogene Debatte, so wie wir uns diese in dieser Motion auch wünschten. Ich glaube, dass es in niemandes Interesse ist, dass wir in der nächsten Debatte eine Hauruck-Übung vollführen; sei es durch unbedachte Kürzungsanträge oder auch durch unnötige Mehrbelastungen für die Steuerzahler. Beides wäre aber zu befürchten, wenn der Gemeinderat nur mit einem Budgetvorschlag in den Stadtrat kommen würde. Das heisst, dass man, je nachdem was die jeweilige Seite erreichen möchte, mit kurzfristigen Anträgen noch Gegensteuer zu geben versuchte. Wir bekamen gestern ja mit, dass das Volk mit circa 85 Prozent dem Budget 2022 ohne Steuererhöhung zustimmte und ich denke, dass wir es der Bevölkerung schlussendlich auch schuldig sind, dass wir eine fundierte Debatte zum nächsten Budget führen und wir uns dabei fragen müssen, ob wir das Budget erhöhen oder nicht. Ansonsten könnte man vielleicht denken, dass am Ende ein solches Ergebnis wie in Köniz droht.

Selbstverständlich verlangen wir vom Gemeinderat nur zwei echte Varianten – so wie es auch in der Motion geschrieben steht, und wir davon ausgehen, dass er sich dann von der Finanzkommission in diesem Prozess eng begleiten lässt. Wir, und ich denke auch das Volk, würden es nicht goutieren, wenn am Ende formell zwei Varianten vorliegen, aber die eine derart unrealistisch und unverdaulich ist, dass man praktisch von Beginn an die andere Variante bevorzugen müsste. Was heisst das nun konkret? Bei einer Variante ohne Steuererhöhung, die der Gemeinderat ja nicht favorisieren möchte, wird der Gemeinderat nicht einfach pauschal Ausgabenkürzungen in Bereichen vorsehen können, die vielen Leuten wehtun und schlussendlich auch hier im Rat nicht mehrheitsfähig wären. Ein solchermassen als «Buebetrickli» bezeichnetes Vorgehen, um die andere Variante bequem über die Ziellinie zu bringen, würden hier wohl alle durchschauen. Deshalb gilt es genau zu prüfen, welche anderen Mitteln noch zu einem ausgeglichenen Budget ohne Steuererhöhung beitragen können. Diese Varianten sind dem Gemeinderat ja bestens bekannt. Wohl überlegte Ausgabenkürzungen entsprechen durchaus einer solchen Komponente, wie ein ausgeglichenes Budget erzielt werden kann. Wie gesagt, lasen wir die wohlwollende Antwort des Gemeinderates mit grossem Interesse. Nach den bisherigen Verlautbarungen des Gemeinderates ist er ja in der Tat daran unser Begehren zu prüfen, was uns sehr freut. Noch einmal danke ich an dieser Stelle für die ausführliche Antwort.

Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp): Besten Dank. Gibt es Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher zu dieser Motion?

SP/GL-Fraktion, Paul Bayard (SP): Die vorliegende Motion ist ja schon im Ton ein bisschen weniger extrem als diejenige, die an der letzten Stadtratssitzung zurückgezogen wurde. Offenbar ging doch einigen ein Licht auf, dass es eben einfach nicht möglich ist, bei gleichbleibendem Steuerfuss kein steigendes Defizit in Kauf



nehmen zu müssen. Das hätte zur klassischen Quadratur des Kreises geführt. Sie wollen doch, so wie wir auch, ein gutes Bildungsangebot, schöne Naherholungsgebiete oder ein lebendiges Vereinsleben. Darüber sind wir uns ja sogar einig.

Das Problem haben Sie einfach mit dem steigenden Steuerfuss, der allenfalls zur Anwendung kommt. Die Motion mag gut gemeint sein. Sie entfaltet aber eigentlich nur die Wirkung, als dass man damit die Verwaltung beschäftigt und diese zu unnötigem Aktionismus zwingt. Am Schluss wird der Berg ein Mäuschen gebären. Der Budgetprozess ist eh schon aufwendig genug und wir sind deshalb der Ansicht, dass es keine Extrarunde benötigt, um zu sehen, dass das strukturelle Defizit so oder so ansteigt, wenn man nicht Korrekturen bei den Einnahmen vornimmt. Die laufenden Ausgaben der Stadt sollten dabei über den Steuerhaushalt finanziert werden. Einnahmen über höhere Abgaben von den assoziierten AGs zu generieren, ist keine gute Idee. Die schlagen das dann logischerweise auf Ihre Produktpreise und beispielsweise die IBL¹ dabei auf den Strompreis. Das belastet dann den Durchschnittsbürger eben mehr als eine moderate Steuererhöhung. Steuererhöhungen wirken sich wegen der Progression eher bei den höheren Einkommen aus, was vom Gesetzgeber auch so gewollt ist. Dies führt in dem Sinn zu einer relativen Gerechtigkeit, als dass jeder Bürger im Rahmen seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten seinen Teil zur Finanzierung von staatlichen Ausgaben beisteuert. Wahrscheinlich liegt gerade in diesem Punkt Ihr Problem, weil Ihnen das irgendwie nicht aufgeht. Wir haben diesbezüglich einfach so oder so den Blickwinkel, dass die Gemeinde ihre Aufgaben finanzieren können muss. Gleichzeitig sind wir aber nicht der Ansicht, dass wir uns Luxusaufgaben aufbürdeten. Unsere Stadt ist schlank aufgestellt und unsere Verwaltung geht mit ihren Ressourcen verantwortungsvoll um. Dem Gemeinderat ist gutzuhalten, dass er die Situation eben unter Mithilfe des fünfjährigen Finanzplans längerfristig betrachtet, sodass die Planung nun eben diese allfällige Steuererhöhung ab 2023 vorsieht. «Gouverner, c'est prévoir!» sagte Stadtrat Martin Lerch an der letzten Sitzung. Der Gemeinderat handelte in Sachen Budget sicherlich vorausschauend und erkannte rechtzeitig, dass düstere Tage für unsere Finanzen aufziehen. Wir von der SP/GL-Fraktion sind zwar einverstanden, dass diese Motion als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert wird und stimmen diesem Vorschlag auch zu. Hingegen werden wir uns gegen die Erheblicherklärung aussprechen und dies auch im Fall einer möglichen Wandelung in ein Postulat. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

FDP/JIL-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Die FDP/jil-Fraktion unterstützt diese Motion. Sie unterstützt diese Motion, weil wir den demokratischen Prozess in dieser Stadt hochhalten wollen und in diesem Punkt die SP/GL-Fraktion nicht verstehen. Um was geht es in dieser Motion? Es geht darum, dass das Gremium, das dem Volk die Vorlage zur Abstimmung unterbreitet, auch darauf Einfluss nehmen kann. Und da haben wir in Langenthal ein Defizit, wie ich dies bereits an der letzten Sitzung darlegte. Wer diese Motion nicht unterstützt, der unterstützt eigentlich das demokratische Prinzip nicht. Oder anders gesagt: Der muss es dann in Kauf nehmen, dass dies eintrifft wie in Köniz, was den heutigen Zeitungen zu entnehmen war: «Die Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger (SP) kann am Telefon ihre Ratlosigkeit nicht verbergen. «Ich habe keine Erklärung dafür», sagt die Frau, die seit ihrem Amtsantritt vor vier Jahren auf nichts dringlicher hinweist, als dass für die Gemeinde eine Steuererhöhung unumgänglich sei.» Dort befinden wir uns aus der Sicht der SP/GL-Fraktion und Sie wollen nicht mithelfen, dass wir in einer guten, breiten und fundiert abgestützten Debatte im Stadtrat über dieses Thema diskutieren können um damit zu verhindern, dass es im Parlament zu einem Scherbenhaufen kommt. Aus diesem Grund unterstützen wir diese Motion, weil wir eben diesen Diskurs wollen. Und wir erinnern nochmals daran, was wir das letzte Mal sagten: Damit dieser Diskurs nämlich an Qualität gewinnen kann, muss der Stadtrat früher in diesen Prozess einbezogen werden, als wie dies bislang traditionellerweise passierte. Wir listeten das letzte Mal entsprechende Beispiele auf, wozu es auch noch weitere Varianten gibt. So könnte man beispielsweise seitens des Gemeinderates zulassen, dass Mitglieder des Stadtrates mit Antragsrecht Einsitz in die Finanzkommission nehmen können, was überhaupt zu keinem Leerlauf führen würde, sondern vielmehr einen Informationsaustausch erlauben würde. Es gibt kreative Lösungen, um das Demokratiedefizit in dieser wichtigen Frage zu lösen. Diese sind zu ergreifen und darum geht es in dieser Motion. Und deshalb unterstützen wir dies. Und ob am Ende der

¹ IBL = IB Langenthal AG.



Steuersatz so oder anders herauskommt, entscheidet dann das Volk in rund einem Jahr.

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Die SVP-Fraktion bedankt sich ebenso für die gute Ausarbeitung und die gute Darlegung der Gründe. Wir freuen uns natürlich über die Entscheidung zur Erheblichkeitsklärung der Motion und somit auch über die Möglichkeit, über die unterschiedlichen Varianten im Stadtrat zu debattieren, aber auch dem Volk eine bessere Entscheidungsmöglichkeit zu bieten. Auch für mich ist schwer nachzuvollziehen, warum sich die SP/GL-Fraktion so dagegen wehrt. Es sollte doch in einer Demokratie möglich sein – und zu diesem Prozess gehört doch auch Langenthal, über solche Varianten zu debattieren und am Ende zu entscheiden, welcher der richtige Weg ist. Somit wird auch die SVP-Fraktion die Anträge des Gemeinderates komplett unterstützen. Danke.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. Gibt es noch weitere Fraktionssprechende? Ich nehme an, dass Dyami Häfliger bei seinem Votum als Sprecher der Motion sogleich auch im Sinne der glp/EVP-Fraktion sprach. Gut. Gibt es nun noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

Saima Sägesser (SP): Ich finde die Aussage etwas übertrieben, dass Sie sich darüber mokieren, dass sich die SP/GL-Fraktion gegen diese Motion wehrt. Sie hörten genau ein Votum unseres Fraktionssprechers, der einfach sagt, dass wir diese Motion nicht für erheblich erklären möchten. Uns zu unterstellen, dass wir nicht an demokratischen Prozessen interessiert sind und an diesen nicht teilhaben wollen, ist eine Abrede an 14 Mitglieder hier in diesem Rat, die hier sitzen und mitgestalten und mitdiskutieren wollen. Für uns gehört es aber auch zu einem demokratischen Prozess anzuerkennen, wo die Verantwortlichkeiten liegen: Nämlich in diesem Fall beim Finanzamt und beim Gemeinderat. Dazu gehört, diesen auch zu vertrauen und nicht bei jeder einzelnen Sache dreinzureden. Das ist für uns ein demokratischer Prozess, Dinge einfach auch einmal so laufen zu lassen, wie sie eben laufen. Wenn nämlich in der Stellungnahme geschrieben wird, dass sich die Haltung des Gemeinderates gegenüber der Erhöhung des Steuerfusses aufgrund einer zweiten Variante eh nicht ändern wird, so ist dies wirklich einfach Ressourcenverschleuderung, die hier betrieben wird. Und dies ist nicht verantwortungsbewusst und sollte nicht Teil eines demokratischen Prozesses sein.

Roland Loser (SP): Das kann natürlich nicht unwidersprochen bleiben, lieber Diego. Ich meine die FDP/JLL-Fraktion beschwört in letzter Zeit zu verschiedenen Themen immer wieder das Ende der Demokratie herauf. Gerade auch am letzten Wochenende gab es gewisse Komponenten, wo man die Demokratie bereits als abgeschafft betrachtete. Und Sie blasen ein wenig in dasselbe Horn, dabei geht es schlussendlich einfach um die heilige Kuh des Steuerfusses. Diese scheint man bis zum letzten Blutstropfen verteidigen zu müssen. Das, was Sie hier machen, ist nur die Vorbereitung einer Lage, dass es am Ende genau zum selben Debakel kommt wie in Köniz, weil die bürgerlichen Parteien eine Steuererhöhung immer nur schlecht reden und beschreiben, wie es uns damit dann allen ganz, ganz schlecht geht. Am Schluss kommt es dann vielleicht so raus, weil es immer schwierig ist, eine Steuererhöhung durchzusetzen, insbesondere dann, wenn die Parteien nicht Verantwortung übernehmen und aufzeigen, dass es nun einmal einfach auch nötig ist. Deshalb glaube ich, dass man den von uns eingeschlagenen Weg durchaus auch vertreten kann. Merci.

Diego Clavadetscher (FDP): Lieber Roland, selbstverständlich kann man diesen Weg so vertreten, den die SP gehen will. Selbstverständlich darf man auch eine andere Meinung haben. Es geht nicht darum, dass wir die Demokratie abschaffen wollen, im Gegenteil. In den meisten unserer Voten geht es darum, die Demokratie auszubauen, nicht nur in dieser Steuersatzfrage. Noch einmal halte ich fest, dass das Thema darin liegt, dass in Art. 35 Ziff.1 das Volk über die Kompetenz verfügt, über das jährliche Budget zu entscheiden. Und wir sind das vorbereitende Gremium. Wenn das Gremium, das dies vorzubereiten hat, eben nicht das Material dafür zur Verfügung gestellt bekommt, so kommt es dazu, was der Gemeinderat in seinem Antrag befürchtet, indem es dann zu einer unkontrollierten Stadtratsdebatte kommt. Je mehr Informationen, je mehr Wahlmöglichkeiten, je mehr Abhängigkeiten von A zu B dargelegt werden, desto qualitativ besser kann diese Stadtratsdebatte stattfinden. Und dann schätzen wir es auch, wenn Eure 14 Mitglieder zusammen mit den anderen 26 Mitgliedern dieses Stadtrates hier echt etwas bieten und nicht einfach nur die Zeit absitzen. Wir haben in unserer Stadt ein Problem, dass diejenigen Gremien, die am Schluss gemäss Stadt-



verfassung zu entscheiden haben – was nicht wir erfanden, feststellen müssen, zu wenig gut in den Entscheidungsfindungsprozess involviert zu sein. Und dies kann mit dieser Motion korrigiert werden, damit der Stadtrat seine Arbeit wahrnehmen kann.

Fabian Fankhauser (glp): Ich sehe das Ende der Demokratie noch gerade nicht, ob die Motion nun angenommen wird oder nicht. Es geht bei dieser Vorlage ja nicht um die Erhöhung des Steuerfusses, sondern um eine zweite Variante. Ich finde, es ist eigentlich gerade auch im Interesse der SP/GL-Fraktion, wenn eine zweite Variante ausgearbeitet wird, an der dann auch ein Preisschild dranhängt, um aufzuzeigen, worauf wir im Fall eines gleichbleibenden Steuerfusses verzichten müssten. Dies würde es dann auch einfach machen, beim Volk eine allfällige Erhöhung durchzubringen. Wir stimmen dieser Motion auch aus diesem Grund zu. Wir sind uns noch nicht sicher, wie wir uns dann zu einer allfälligen Steuererhöhung stellen, aber wir würden sicherlich gerne zwei Varianten sehen.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Gibt es weitere Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher?

Nathalie Scheibli (SP): Diego Clavadetscher sagte es soeben, dass man nicht immer gleicher Meinung sein muss. Ich werde dieser Motion zustimmen. Aber nicht, weil man jetzt mit mehreren Voten gegen die SP/GL-Fraktion schoss und uns undemokratisches Verhalten vorwarf, sondern weil es auch Ratsmitglieder gibt, die eben argumentieren konnten und sich nicht nur darauf fokussierten, warum sich die SP und die GL in diesem Fall auf dem Holzweg befinden. Ich bin dann aber auch auf die Reaktion gespannt, wenn man erkennt, worauf man mit einem tieferen Steuerfuss alles zu verzichten hat. Ist man dann noch bereit, entweder ein Millionen hohes Defizit zu akzeptieren, um dieser Stadt eben dennoch etwas zu bieten, oder sieht man dann ein, dass eine Steuererhöhung vielleicht eben doch nötig ist? Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. Gibt es weitere Einzelsprechende? Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte sich der Gemeinderat noch äussern?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich möchte mich in meinen kurzen Ausführungen vor allem auf das Votum der SP/GL-Fraktion konzentrieren. Auf der einen Seite nehme ich natürlich erfreut zur Kenntnis, dass man für die Verwaltung Ressourcen sparen möchte und dabei auch dem Gemeinderat das Vertrauen ausspricht, in dieser Frage die richtigen Entscheidungen zu treffen. Allerdings ist man dann aber nicht konsequent, weil der Gemeinderat diese Motion ja unterstützt. Warum unterstützt er sie? Er macht das deshalb, weil es die politische Debatte braucht und weil wir uns dieser nicht verschliessen wollen. Inhaltlich, so ungern ich das sage, muss ich einfach festhalten, dass wir diese Steuererhöhung als unumgänglich ansehen. Es müsste wirklich ein Wunder passieren, dass wir unsere Meinung ändern könnten, was nun leider aber nicht in Sicht ist. Auf der anderen Seite respektieren wir das Parlament und das Volk, und letztendlich müssen die Entscheide auch durch diese Instanzen getroffen werden, und dies auf einer fundierten Grundlage. Deshalb unterstützen wir diese Motion.

Wir schauen natürlich auch ein wenig auf die gestrigen Resultate und fragten uns, was in Köniz passierte? Wir konnten zur Kenntnis nehmen, dass in Köniz die Steuererhöhung abgelehnt wurde. Köniz unterscheidet sich politisch ziemlich stark von Langenthal. In Köniz gibt es ein bürgerliches Lager im Umfang von etwa 30 Prozent. Das heisst, 70 Prozent stehen Mitte-links und die Steuererhöhung wurde mit 57,5 Prozent abgelehnt. Das zeigt eigentlich die Notwendigkeit der Kommunikation und die Notwendigkeit der Überzeugungsarbeit, die man in dieser Fragestellung anwenden muss. Insofern appelliere ich nun dennoch an die Mitglieder der SP/GL-Fraktion, dass sie doch dem Votum der Stadträtin Nathalie Scheibli folgen. Merci.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank für diese Ausführungen. So erkläre ich nun die Beratung für geschlossen. Da sich der Sprecher der Motion nicht nochmals dazu äussern möchte, schreiben wir zur Abstimmung. Zuerst befinden wir über die Qualifizierung dieser Motion. Wer diese Motion als Motion mit Weisungscharakter qualifizieren möchte, soll dies nun mit dem Erheben der Karte anzeigen. Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

So stimmen wir nun über die Erheblichkeitserklärung ab. Wer diese Motion für erheblich erklären möchte, hält nun seine Stimmkarte in die Höhe. Gegenmehr? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 29. November 2021

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**
 - I. **Die dringliche Motion Freudiger Patrick (SVP), Häfliger Dyami (glp), Fluri Patrick (SVP), Fankhauser Fabian (glp), Grossenbacher Corinna (SVP), Fankhauser Janosch (SVP) vom 20. September 2021 «Varianten fürs Budget 2023 ermöglichen eine fundierte Debatte» wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**
- **Der Stadtrat beschliesst mit 29 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein und 2 Enthaltungen:**
 - II. 1. **Die dringliche Motion Freudiger Patrick (SVP), Häfliger Dyami (glp), Fluri Patrick (SVP), Fankhauser Fabian (glp), Grossenbacher Corinna (SVP), Fankhauser Janosch (SVP) vom 20. September 2021 «Varianten fürs Budget 2023 ermöglichen eine fundierte Debatte» wird erheblich erklärt.**
 - 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Motion Gerber-Möri Franziska (GL), Loser Fries Stefanie (SP), Zürn Fanny (GL) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021: Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp): Es folgt Traktandum Nr. 5. Hier geht es um die Motion von Franziska Gerber, Stefanie Loser und Fanny Zürn bezüglich der Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts. Das Eintreten dazu ist zwingend und wir gehen direkt zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp): Die Berichterstattung des Gemeinderates liegt schriftlich vor und die GPK verzichtete auf eine Stellungnahme. Nun möchte ich gerne der Sprecherin der Motion das Wort erteilen. Wen darf ich dazu ans Mikrofon bitten?

Sprecherin der Motion, Franziska Gerber-Möri (GL): Warum braucht es ein Biodiversitätskonzept für Langenthal? Mitunter sagte sogar Boris Johnson am Klimagipfel in Glasgow zur Rettung der Wälder: «Die Kathedralen der Natur sind unverzichtbar für unser Überleben». Biodiversität ist unsere Lebensgrundlage. Wir sind selber ein Teil dieser Biodiversität. Vielleicht leider nicht derjenige Teil, der zur weiteren Diversität beiträgt. Im Gegenteil. Wir zerstörten uns die Lebensgrundlage, wenn nicht sogar «Überlebensgrundlage» in den letzten Jahrzehnten immer wie mehr. Ein Beispiel, worüber kürzlich in der Presse über die schwindende Biodiversität zu lesen war, sind die Insekten. Die Situation sei besorgniserregend. Das zeigt zum ersten Mal ein nationaler Bericht zu den Insekten. Verantwortlich dafür seien unter anderem die Monokulturen in der Landwirtschaft und unser Hang zum Perfektionismus. Ein Grossteil unserer Gärten sieht sogar bis in die hintersten Ecken total herausgeputzt aus. Kein Unkraut ist zu sehen, stattdessen sogenannte Schottergärten, die man auch als «Gärten des Grauens» bezeichnet. Heute fand sich in der Berner Zeitung ein interessanter Artikel zum Thema. Es gibt in solcher Umgebung auch keine Hecke, die diesen Namen verdient oder eine naturbelassene Blumenwiese. Vielmehr findet man gedüngten und gesprüzten Rasen. Ein entscheidender Punkt ist, dass wir vielfach über Themen wie Klimawandel und Umweltprobleme falsch reden, als wären nur die Tiere oder die Natur oder die Ozeane davon betroffen. Dabei sind wir genauso die Betroffenen.

Warum also braucht es ein Biodiversitätskonzept für Langenthal? Weil Biodiversität einer der Pfeiler darstellt, durch den sich die Klimakrise entweder weiter verschärft, oder aber dazu beiträgt, dass diese Krise noch beeinflusst werden kann. Und das können auch wir Langenthalerinnen und Langenthaler. Nach sorgfältigen Vorabklärungen von unserer Seite, vor allem beim Amt für Umwelt und Energie, stellte sich heraus, dass es zwar einige Bemühungen zur Biodiversität bereits gibt, sich aber ein Konzept als Basis, wie dies auch andere Städte besitzen, als sehr nützlich erweisen würde, weil sich dadurch die Kräfte quasi bündeln liessen und dabei immer wieder darauf hingewiesen werden könnte, in welche Richtung wir gehen müssen. Es erweise sich als schwierig, so die Antwort der Stadtverwaltung, die Übersicht über alle bereits beschlossenen Massnahmen zu bewahren und diese dann auch umzusetzen. Zum Glück muss man bei einem solchen Konzept nicht bei null anfangen. Es gibt bereits sehr gute Konzepte, zum Beispiel dasjenige der Stadt Bern, das auf Langenthal übertragen werden könnte. Und es gibt auch vor Ort verschiedene Vereine oder Institutionen, die dazu Hand bieten könnten. Zum Beispiel meldeten sich im Vorfeld dieser Stadtratssitzung unter anderem der Vogelschutzverein und die Biodiversia GmbH bei uns und fragten nach, wie sie uns bei dieser Aufgabe unterstützen können. So sind wir auch überzeugt, dass das Langenthaler Konzept eine gewisse Ausstrahlungskraft, wenn nicht sogar Aussagekraft, haben wird. Vom Durchschnittsdorf zur Vorbildstadt. Dass übrigens ein solches Konzept erst ein Baustein zum Thema Nachhaltigkeit darstellt, versteht sich von selber.

Nun rede ich noch als Fraktionssprecherin zur Frage, ob dieses Anliegen nicht eher nach einem Reglement, anstatt nach einem Konzept ruft? Wir diskutierten die Qualifikation der Motion nochmals in der Fraktion und kamen zum Schluss, dass wir dem Gemeinderat mit der Qualifikation als Motion mit Richtliniencharakter



zustimmen. Ein Reglement zu erstellen, wäre viel kosten- und auch zeitintensiver. Wir danken dem Gemeinderat ganz herzlich, dass er nach sorgfältiger Prüfung dieser Motion diese als erheblich erklärt. Dabei möchten wir dem Stadtrat unbedingt empfehlen, dieser Ansicht zu folgen. Merci.

Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp): Merci vielmals. Nun möchte ich gerne den Fraktionssprecherinnen und Fraktionsprechern das Wort erteilen. Wer möchte sich dazu äussern?

SVP-Fraktion, Michael Schenk (SVP): Die SVP unterstützt diese Motion einstimmig und folgt dem Gemeinderat. Langenthal macht schon viel, auch viel im Kleinen, wie es auch beschrieben wurde, aber es wird nicht einheitlich zusammengeführt. Deshalb unterstützen wir dieses Anliegen. Als Gärtner empfinde dazu persönlich natürlich eine gewisse Leidenschaft, zumal ich viel herumfahre und viele Gärten sehe. Und für mich gibt es immer noch zu viel von solchen herausgeputzten Rasenflächen. Es dürfte insbesondere auch bei den grösseren Überbauungen noch etwas wilder sein. Aber manchmal fehlt dazu halt eben einfach das Geld. Und es geht eben auch ein bisschen darum und Biodiversität ist nicht automatisch gratis zu haben. Bei der Ausarbeitung eines Konzeptes ist auch wichtig, dass es nicht einfach nur ein Konzept gibt, sind ja Konzepte immer schön und es kann viel dazu geschrieben und gute Meinungen können damit verbreitet werden. Aber Konzepte sollten danach auch umsetzbar und lebbar sein. Das wäre mir einfach ein grosses Anliegen, dass man schaut, was schon alles vorhanden ist, denn es gibt ja bereits viel, was gemacht wird. Ich reichte dazu ja für die Fragerunde bereits eine entsprechende Frage ein. Die Stadt Langenthal unternimmt an denjenigen Orten, wo es möglich ist, bereits viele Dinge, sodass ich den Stadtgärtnern, die für Langenthal aktiv sind, auch einmal für ihre Arbeit danken möchte. Überall, wo es möglich und finanziell zulässig ist, versuchen sie die Begrünungen naturnah zu gestalten. Und ein ganz wichtiger Punkt, den die Motionäre auch aufgeschrieben, ist, dass man eben auch die Privatpersonen miteinbezieht und eine saubere Aufklärung lanciert, um den Leuten aufzuzeigen, wie das funktionieren kann. Viele Leute sind darin halt einfach auch überfordert. Und im Privatbereich ist ein riesengrosses Potential vorhanden. Das kann man nicht einfach an die Stadt delegieren, sondern da muss jeder selber etwas machen. Hier wäre mit ganz wenig Aufwand viel herauszuholen. Merci.

glp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (glp): Die glp/EVP-Fraktion nahm den Bericht des Gemeinderates mit grossem Wohlwollen zur Kenntnis. Wir werden uns auch einstimmig für diese Motion aussprechen. Wir finden es wichtig und richtig, dass man nun aus diesen vielen Puzzleteilen ein Gesamtbild erstellt, was zu einem übersichtlicheren Konzept führen soll und auch die Umsetzung vereinfacht, als wenn man sich die Infos zusammensuchen muss. Auch wir diskutierten darüber, ob es sich um eine Motion mit Weisungs- oder Richtliniencharakter handeln soll und entschieden uns dann nach längerer Diskussion mehrheitlich dafür, dem Gemeinderat zu folgen. Merci.

FDP/jll-Fraktion, Daniel Bircher (FDP): Wir von der FDP/jll-Fraktion diskutierten das Thema ebenso intensiv. Wie auch der Gemeinderat stellten wir fest, dass es bislang kein einheitliches Konzept gibt und man die Informationen im Siedlungsrichtplan oder im Agglomerationsprogramm etc. zusammensuchen muss. Wir konnten auch lesen, dass die Konzeptkosten unter Fr. 150'000.00 zu liegen kommen, was wir insofern hoffen, als dass ja bereits vereinzelt Bestandteile, wie zuvor von der Motionärin erwähnt, dazu vorliegen und das Ganze nicht so viel kosten sollte. Daneben kann solch ein Konzept sicherlich auch mit verwaltungsinernen Ressourcen auf die Beine gestellt werden. Wir diskutierten dann auch noch über die Behördenverbindlichkeit bezüglich des Richtlinien- oder des Weisungscharakters und sind dabei auch klar der Meinung, dass wir ein behördenverbindliches Konzept wünschen, und nicht ein grundeigentümerverbindliches Konzept. In dem Sinn plädieren wir grossmehrheitlich für eine Motion mit Richtliniencharakter und unterstützen ebenso die Erheblichkeit. Besten Dank.

Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp): Merci vielmals. Gibt es nun noch Einzelsprechende?

Pascal Dietrich (FDP): Umwelt-, Natur- und vor allem Gewässerschutz ist mir wichtig und war mir schon immer wichtig. Von dem her trifft dies auch auf die Biodiversität zu. Deshalb unterstütze auch ich diesen Vorstoss, was für mich klar ist. Ich möchte aber an dieser Stelle gleichwohl eine Warnung in den Saal hinausrufen, weil ich selber auch ein bisschen gebrandmarkt bin. Die Warnung richtet sich an die Urheberinnen



dieses Vorstosses, denn das Konzept alleine nützt in dem Sinne noch nichts. Es wurde einmal gestützt auf einen Vorstoss von mir ein Konzept zur Revitalisierung der Fliessgewässer in Langenthal ausgearbeitet, was wirklich noch ein gutes Konzept darstellte. Passiert und wirklich umgesetzt ist aber bis heute genau gar nichts. Null. Nada. Das hat verschiedene Gründe und es ist nicht einmal unbedingt so, dass man gar nichts machen wollte, gab es dabei eben andere Hindernisse. Aber ich möchte Ihnen hier sagen, dass das Konzept alleine wirklich nichts nützt, muss man sich danach doch darauf konzentrieren, was auch wirklich gemacht wird und da den Finger draufhalten. Ansonsten verkommt das Ganze zu einer Alibiübung. Ich nehme an, dass Ihnen dies auch bewusst ist, aber ich möchte dies hier vor allem auch zuhanden des Protokolls und vor allem auch zuhanden der Damen und Herren Gemeinderäte sagen, dass es nur etwas nutzt, wenn danach auch wirklich gehandelt wird. Und das wäre auch weiterhin immer noch bei den Fliessgewässern möglich, sodass ich da nochmals den Appell starte, das gute Konzept zur Revitalisierung der Fliessgewässer wieder einmal aus der Schublade zu holen, denn dort könnte man gleichwohl wieder einen Ansatzpunkt finden. Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp): Besten Dank für dieses Votum. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Wenn dem nicht so ist, so frage ich den Gemeinderat, ob er sich noch dazu äussern möchte? Da auch dies nicht gewünscht wird, erkläre ich die Beratung als geschlossen. Nun frage ich auch die Sprecherin der Motion nochmals an, ob es noch etwas zu sagen gibt. Auch darauf wird verzichtet, sodass wir darüber abstimmen können. Dazu gibt es noch eine Korrektur anzubringen. Und zwar geht es hier nicht um eine «Einrichtung» eines Biodiversitätskonzepts, sondern mit dem korrekten Wort um eine «Erarbeitung» eines solchen. Korrekt geht es dabei entgegen der einzeln aufgeführten Mitglieder um eine Motion der gesamten SP/GL-Fraktion zur «Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal». Wer nun diese Motion als Motion mit Richtliniencharakter qualifizieren möchte, erhebt dazu seine orange Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? So kommen wir noch zur Frage der Erheblichkeitserklärung. Wer damit einverstanden ist, diese Motion, wie auch der Gemeinderat empfiehlt, für erheblich zu erklären, zeigt dies nun mit der Karte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimme Nein und 1 Enthaltung:**

I. **Die Motion Gerber-Möri Franziska (GL), Loser Fries Stefanie (SP), Zürn Fanny (GL) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021** «Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal» **wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen:**

II. 1. **Die Motion Gerber-Möri Franziska (GL), Loser Fries Stefanie (SP), Zürn Fanny (GL) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021** «Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal» **wird erheblich erklärt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. **Motion der SP/GL-Fraktion vom 20. September 2021: Einrichtung von Velo-Service-Stationen an zentralen Standorten in Langenthal: Stellungnahme und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir kommen mit Traktandum Nr. 6 zur Motion der SP/GL-Fraktion über die Einrichtung von Velo-Service-Stationen an zentralen Standorten in Langenthal. Das Eintreten dazu ist zwingend und so fahren wir direkt mit der Beratung weiter.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Vom Gemeinderat liegt die Stellungnahme schriftlich vor und auf eine Berichterstattung seitens GPK wurde verzichtet. Wem darf ich für die Motion das Wort erteilen?

Sprecherin der Motion, Fanny Zürn (GL): Velofahren fördert die Gesundheit, ist leise, benötigt wenig Platz und ist ein klimafreundliches Fortbewegungsmittel. Dass auch in Zukunft das Velo sogar eine noch wichtigere Rolle spielen wird, zeigt sich im Agglomerationsprogramm 3 oder im Siedlungsrichtplan, aber auch in den Regierungsrichtlinien unserer Stadt. Das Velo wird aber nicht einfach so attraktiver werden, sondern wir müssen als Stadt dafür aktiv Massnahmen ergreifen, damit die Leute auch wirklich auf das Velo umsatteln. Ja, es ist so, dass Veloservicestationen nicht gratis sind. Es zeigte sich aber an den angestammten Standorten, dass sie vandalen- und wettersicher sind und deshalb auch als langfristige Investitionen angesehen werden können. Zudem kam es an den anderen Stadtorten zum Ergebnis, dass die Leute diese Veloservicestationen wirklich auch nutzten. Natürlich ist es nicht unser Ziel als Fraktion, den Velohändlern und Velohändlerinnen ihren Job wegzunehmen oder ihnen Aufträge zu entziehen. Wenn wir es jedoch als Stadt schaffen, das Velo aktiv zu fördern, dann profitieren auch sie am Ende des Tages davon, da mehr Leute Velos einkaufen oder Accessoires wie beispielsweise eine schöne Glocke für ihr Velo benötigen.

Über die Standortfrage lässt sich natürlich diskutieren. Wichtig scheint uns einfach, dass die Veloservicestationen gut sichtbar, gut erreichbar und zentral gelegen sind und das Angebot den Leuten bekannt ist. Und klar, diese Veloservicestationen werden die Welt nicht retten, aber sie können ihr Puzzleteil dazu beitragen, dass wir es in Langenthal schaffen, den Verkehr fossilfrei zu bekommen. Deshalb würde es uns als Fraktion riesig freuen, wenn Sie dieser Motion zustimmen, so wie auch die Stadtverwaltung und der Gemeinderat dieser Motion grünes Licht erteilen und wir so ein Stück vorwärtskommen. Besten Dank.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Meric vielenmals. So darf ich nun das Wort den Fraktionen übergeben. Wer möchte hier Stellung nehmen.

FDP/jll-Fraktion, Irene Ruckstuhl (FDP): Wir finden das Anliegen grundsätzlich eine gute Idee und danken auch für die Ausarbeitung dieser Unterlagen. Bei etwas genauerer Betrachtung gibt es zwei Perspektiven: Die eine Perspektive nimmt die Sicht des aktiven Bikers ein, wozu ich mich auch zähle. Wenn ich in die Berge gehe oder sonst auf einen Trail, so habe ich das Werkzeug dabei, um mir im Notfall selber helfen zu können und ich den Pneu oder was auch immer flicken kann. Deshalb bin ich der Meinung, dass solche Leute ihr Equipment bei sich haben und diese Stationen nicht so nützen werden. Die zweite Sicht umschreibt den Velofahrer, der tagtäglich mit dem Velo ins Dorf fährt, wozu ich auch gehöre und auch ich mein Velo täglich benutze. Und aus dieser Perspektive wäre ich auch noch nie auf eine solche Station angewiesen gewesen. Entweder benötige ich eine Pumpe, die ich zuhause habe, oder dann brauche ich einmal etwas um es fester anzuziehen. Auch das finde ich zuhause vor. Ich machte mich danach noch weitere Gedanken und fragte einmal die Velostation Langenthal an, ob das Bedürfnis aus ihrer Perspektive gefragt ist? Sie bestätigten mich mit ihrer Aussage eigentlich darin, dass sich jemand entweder mit dem Werkzeug nicht zu helfen weiss, und dann so oder so auf fremde Hilfe angewiesen ist, oder die Leute es gleich selber in Ordnung bringen und gar nicht fragen müssen.

Weiter sind wir der Meinung, dass das dafür vorgesehene Budget höchstwahrscheinlich nicht ausreicht. Wir glauben, dass es für ein Fundament noch etwas mehr braucht als diese paar tausend Franken. Auch über den Ort machten wir uns Gedanken und hatten dabei auch das Gefühl, dass es schwierig ist für alle die Zugänglichkeit zu gewährleisten und dass auch jeder weiss, wo sich diese Stationen befinden. Deshalb



stimmt die FDP/jll-Fraktion dem Gemeinderat nicht zu. Merci.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Eigentlich hätte ich mich vor Irene zu Wort melden sollen, nahm sie mir doch fast komplett die Worte aus dem Mund. Ich möchte schon noch kurz anfügen und mich fragen, wer wirklich sein Velo im Dorf flicken will? Oder anders gefragt: Kann man dies denn auch noch überhaupt selber machen? Ich glaube, dass dies heute das grössere Thema ist als das «Wollen». Das «Wollen» möchten wohl alle, aber man hat dazu beinahe keine Zeit, weil man sich im Hamsterrad befindet und dann trotzdem zum Velomechaniker rennt. Welches Elternteil wechselt heute noch zusammen mit den Kindern den Velopneu? Da wurde gesagt, dass die Stationen vandalensicher sind. Ich möchte dazu schnell eine Klammer auf tun: Das glaube ich sofort, wenn das Fundament gewisse Voraussetzungen erfüllt. Aber die SIP wird sicherlich Arbeit bekommen, wenn die Leute beginnen mit den Seilen aufeinander loszugehen, weil die genug lang sein müssen, dass man zum Velo kommt. Dies nur als kurze sarkastische Randbemerkung.

Wenn man aber schon die Velos fördern möchte, sollte es auch genügend Plätze geben, wo man beispielsweise das ständerlose Bike nicht aufeinander drauflegen muss oder vier Velos aneinander zu ketten hat, damit sie im Gesamten nicht zu Boden stürzen. Das wäre primär einmal wichtiger, bevor man dann die umgestürzten Velos flicken kann. In dem Sinn lehnen wir dies als SVP-Fraktion ab. Merci.

glp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (glp): Wir finden die Förderung des Langsamverkehrs, insbesondere des Veloverkehrs wichtig und richtig und stimmen dieser Motion somit auch zu. Bessere Veloabstellmöglichkeiten schliessen eigentlich die Velostationen nicht aus, sodass ich das zuvor erwähnte Argument nicht ganz verstehe. Aber wir sind uns immerhin einig, dass es bessere Veloabstellmöglichkeiten braucht. Wir werden der Motion zustimmen. Merci.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Möchte sich die SP/GL-Fraktion auch noch äussern, oder wurde die Haltung bereits mit dem Votum von Fanny Zürn abgedeckt? Okay, dann erübrigt sich dies. Haben wir noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

Fanny Zürn (GL): Ich möchte mich nur kurzhalten. Lieber Janosch, ich glaube die Langenthalerinnen und Langenthaler sind lernfähig. Das heisst, wenn sie heute etwas noch nicht können, können sie es morgen vielleicht auch noch lernen. Besten Dank.

Michael Schenk (SVP): Ich möchte vielleicht noch kurz aus meiner Sicht auf zwei, drei Punkte eingehen. Ich denke, dass dies Veloförderung an einem falschen Ort ist. Und ich habe das Gefühl, dass wenn es da zwei, drei zusätzliche Servicestationen gibt, nicht mehr oder weniger Velo gefahren wird und es deshalb auch nicht mehr Leute gibt, die mit dem Velo nach Langenthal fahren. Da gäbe es viele andere Punkte, die wichtiger sind und man in der Gruppe Mobilität bereits früher einmal x-fach diskutierte, sie durchsetzen wollte, aber damit nicht weiterkam. So wäre es besser diese Fr. 10'000.00, oder was immer es kostet, anders einzusetzen. Ich denke da beispielsweise an Velowege, sichere Durchgänge und auch Hinweise, wo ich mit dem Velo überhaupt durchfahren muss, um ans richtige Ziel zu gelangen. Wenn ich nun mitten in der Markt-gasse eine Panne erleide, so finde ich wohl innerhalb von fünf oder zehn Minuten einen Velohändler und bald gibt es ja am Bahnhof noch so eine teure Velostation, was mir zumutbar scheint. Dass man dieser Motion zustimmen sollte, um ein paar Punkte als Energiestadt Langenthal zu erhalten, bringt es auch nicht. Ich denke, dass Geld liesse sich sinnvoller investieren. Merci.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke. Gibt es weitere Einzelsprechende? Möchte sich der Gemeinderat noch dazu äussern? Auch nicht. So schliesse ich die Beratung und frage die Sprecherin der Motion, ob sie nochmals das Wort wünscht? Nein, so kommen wir zur Abstimmung. Dabei möchte ich noch darauf hinweisen, dass es entgegen dem Beschlussentwurf, der die Motion Franziska Gerber-Möri, Stefanie Loser und Fanny Zürn zuschreibt, vielmehr die SP/GL-Fraktion im Gesamten ist, die diese Motion einbrachte. Wer nun gemäss dem Antrag des Gemeinderates (Ziff. I) die Motion als Motion mit Richtliniencharakter qualifizieren möchte, soll dies mit der Stimmkarte belegen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Wir kommen nun noch zur Erheblichkeitserklärung. Der Antrag des Gemeinderates lautet, dass man diese Motion für erheblich erklärt. Wer dem zustimmen möchte, zeigt dies nun ebenso mit der Stimmkarte an. Gegenmehr? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 29. November 2021

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):**
 - I. **Die Motion der SP/GL-Fraktion vom 20. September 2021 "Einrichtung von Velo-Service-Stationen an zentralen Standorten in Langenthal" wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**
- **Der Stadtrat beschliesst mit 19 Stimmen Ja gegen 18 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen:**
 - II. 1. **Die Motion der SP/GL-Fraktion vom 20. September 2021 «Einrichtung von Velo-Service-Stationen an zentralen Standorten in Langenthal» wird nicht erheblich erklärt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Interpellation Lerch Martin (SVP), Häfliger Dyami (glp), Clavadetscher Diego (FDP) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021: Beizug von verwaltungsexternen Experten: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Es folgt nun unter Traktandum Nr. 7 die Interpellation von Martin Lerch, Dyami Häfliger und Diego Clavadetscher betreffend dem Beizug verwaltungsexterner Experten. Das Eintreten ist zwingend und deshalb gehen wir direkt zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Auch hier liegt die Antwort des Gemeinderates schriftlich vor und die GPK verzichtete auf eine Stellungnahme. So hat nun ein Vertreter der Interpellation die Möglichkeit kurz zur Antwort Stellung zu nehmen.

Sprecher der Interpellation, Martin Lerch (SVP): Ich äussere mich gerne kurz dazu. Ich möchte vorneweg allen Beteiligten für die umfangreiche Beantwortung dieser Interpellation bestens danken. Mein Dank gilt dabei speziell den Leuten aus der Verwaltung, die doch einen erheblichen Aufwand betreiben mussten, um das Ganze auf viereinhalb Seiten darzulegen. Es besteht durchaus auch ein Verständnis, dass man, wie dargelegt, nicht ganz alle Aspekte berücksichtigen konnte. So wird erklärt, dass es zu aufwendig gewesen wäre, wenn man Einzelrechnungen oder auch gewisse Verpflichtungskredite detailliert analysiert hätte um herauszufinden, was dabei extern ausgegeben worden ist. Das heisst nun für mich aber, dass dann eben der ausgewiesene Gesamtbetrag tendenziell noch höher liegt als effektiv ausgewiesen wird. Ich erlaubte mir die Kosten ein bisschen zusammenzufassen und ich hoffe, dass ich mich dabei nicht verrechnete. Die Kosten für diese verwaltungsexternen Experten sind doch recht beträchtlich und lagen im Jahr 2019 bei Fr. 712'000.00 und im Jahr 2020 bei Fr. 628'000.00. Wir spürten bereits vorher in der Debatte um die Steuern und ihre Varianten, dass wir einerseits seit längerer Zeit Defizite schreiben und eben auch eine Steuererhöhung für das übernächste Jahr im Raum steht. Die hier genannten Beträge sind nun andererseits aber kein Pappenstiel. Ich weiss nicht, ob das alle realisierten, aber es ist vielleicht noch interessant die jeweiligen Spitzenreiter nach Zuständigkeiten und Ämtern aufzulisten. Das Stadtbauamt gab 2019 Fr. 200'000.00 und 2020 Fr. 160'000.00 für externe Experten aus, was natürlich einer groben Angabe entspricht. Im Personaldienst gingen 2019 Fr. 100'000.00 und 2020 Fr. 18'000.00 an Externe und bei der Stadtentwicklung wurden so 2019 Fr. 85'000.00 und 2020 Fr. 168'000.00 ausgegeben. Der Strassen-, Brücken- und Wasserbereich gab dafür Fr. 71'000.00, beziehungsweise Fr. 102'000.00 aus.

Auf Stufe Bund hiess es jeweils, wenn man das Problem nicht lösen möchte, so gibt man es externen Experten in Auftrag, damit das Problem vertagt und mindestens zeitlich verschleppt wird. Ich sage mitnichten, dass dies in Langenthal der Fall ist, bewahre, ganz im Gegenteil, zumal der Beizug von Experten Sinn machen und angezeigt sein kann, vor allem dann, wenn das interne Know-How nicht vorhanden ist. Dass die Leistungen effizient und effektiv erbracht werden müssen, ist eigentlich selbstredend und klar. Eine Frage tauchte in diesem Zusammenhang aber bei den Auflageakten auf. Dazu war eine PowerPoint-Präsentation zum Thema Agglomerationsprogramm Langenthal der 3. Generation von der Firma Naturaqua aus Bern zu finden. Diese wurde für die Erarbeitung und Darstellung des Bereichs Kommunikation und Partizipation beigezogen. Da stellt sich dann schon die Frage, ob eine Kommunikationsagentur beigezogen werden muss, nachdem die Stadt vor nicht allzu langer Zeit einen Leiter Kommunikation & Marketing einstellte. In dieser soeben erwähnten Präsentation wurden von dieser Firma aus Bern auf Slide Nr. 7 die Vor- und Nachteile sowie die Gefahren und Risiken – und Sie hören es richtig, der politischen Mehrheitsverhältnisse dargestellt. Ich wiederhole es, dass die politischen Mehrheitsverhältnisse darin als Risiko bezeichnet werden. Meine Damen und Herren, auf eine Mandatierung einer externen Kommunikationsfirma, die die politischen Mehrheitsverhältnisse als Risiko einstuft, sollten wir meiner Meinung nach definitiv verzichten. Der Lösungsansatz ist, wie es auch in der Interpellation dargestellt wurde, vermehrt Miliz einzusetzen; seien dies Spezialisten aus dem Stadtrat oder von ausserhalb. Dort ist ein grosses Know-How vorhanden und mit dem



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 29. November 2021

Reglement über die Mehrwertabschöpfung liegt ein gutes Beispiel vor, das auf diese Art mit eigenen Spezialisten erarbeitet wurde. Das führt zur Inklusion, das erhöht auch die Akzeptanz und diesen Weg sollten wir vermehrt einschlagen. Ich danke für die Kenntnisnahme und eine Diskussion wird von mir nicht verlangt und ich bin auch mit der Abschreibung einverstanden. Ob wir zu einem späteren Zeitpunkt eine Motion nachlegen, ist in Abklärung und muss zurzeit offenbleiben.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Ich danke vielmals für diese Ausführungen. Wir kommen demnach zur Abstimmung über die Abschreibung. Wer die Abschreibung dieser Interpellation gutheissen möchte, soll dies nun entsprechend anzeigen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):**
 1. **Die Interpellation Lerch Martin (SVP), Häfliger Dyami (glp), Clavadetscher Diego (FDP) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021 «Beizug von verwaltungsexternen Experten» wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
 2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Interpellation Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021: Stand Verkehrssicherheit bei Schulanlagen und Kindergärten: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Traktandum Nr. 8 behandelt die Interpellation von Nathalie Scheibli zum Thema Stand der Verkehrssicherheit bei Schulanlagen und Kindergärten. Auch hier handelt es sich um ein zwingendes Geschäft und das Nichteintreten ist ausgeschlossen.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Auch dazu konnten Sie die schriftliche Antwort des Gemeinderates den Akten entnehmen und eine Stellungnahme der GPK liegt nicht vor. So übergebe ich nun der Sprecherin der Interpellation die Möglichkeit zu einer kurzen Stellungnahme.

Sprecherin der Interpellation, Nathalie Scheibli (SP): Mehr als ein Jahr ist es nun her, dass der Workshop zum Mobilitätskonzept für das Kreuzfeld-Areal stattfand. Im Verlaufe dieses Jahres fragten wir Schulleitungen immer wieder nach dem Stand der Arbeiten an diesem Konzept und heute liegt endlich eine schriftliche Antwort dazu vor. Wir waren aber nicht die Einzigen, die an diesem Workshop mitmachten. Bibliothek, Kindergrüpe «Windrose», die HPS¹- und VSK²-Mitglieder und viele mehr brachten dabei ihre Gedanken und Bedürfnisse ein. Sie alle hörten bis heute nichts, wie es mit diesem Konzept weitergeht. Das verdient nicht gerade gute Noten betreffend Kommunikation unserer Stadt. Ich bitte die Verwaltung im Nachgang an die heutige Sitzung alle Beteiligten von damals mit einem Schreiben auf den aktuellen Stand zu bringen. Wäre dies nämlich früher geschehen, hätte sich diese Interpellation hier erübrigt. Wie erwartet geht es noch länger bis irgendeine Massnahme zur Verbesserung des Verkehrs auf unseren Schularealen umgesetzt ist. Ich bin gespannt, ob die erste Sitzung mit dieser Arbeitsgruppe wirklich so zeitnah stattfindet, wie anlässlich des Postulats zum Elterntaxi versprochen wurde. Und ich hoffe, dass keine weiteren Vorstösse zu diesem Thema nötig werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke für diese Stellungnahme. So kommen wir zur Abstimmung über die Abschreibung. Wer diese Interpellation abschreiben möchte, soll dies bitte mit Karten erheben machen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltung (einstimmig)³:**

- 1. Die Interpellation Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021 «Stand Verkehrssicherheit bei Schulanlagen und Kindergärten» wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ HPS = Heilpädagogischen Schule Oberaargau.

² VSK = Volksschulkommission.

³ Ein Stadratsmitglied ist während der Abstimmung abwesend.



9. Parlamentarische Fragestunde

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir kommen nun zu Traktandum Nr. 9. Angesichts dessen, dass die Traktandenliste heute nicht so lang ist, entschlossen wir uns eine parlamentarische Fragestunde einzuschieben. Dies wurde nun sehr rege genutzt, sodass ganze 19 Fragen eingingen. Ich glaube, dass dies absolut rekordverdächtig ist und damit wir nicht alle 19 Fragen vorlesen müssen, liegen Ihnen diese alle schriftlich auf Ihren Tischen vor, sodass die zuständige Gemeinderätin oder der zuständige Gemeinderat darauf direkt ihre Antworten vortragen. Dabei möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Fragestellerin oder der Fragesteller nach der Beantwortung durch den Gemeinderat sachbezogene Zusatzfragen stellen darf, ohne dass es zu einer Diskussion kommt. So übergebe ich nun als erstes das Wort an Reto Müller für die Beantwortung der ersten Fragen:

Stadtratspräsident Reto Müller (SP):

■ Frage von **Stadtrat Georg Cap (GL)** zum Thema: **Einheitliche Mailadresse für Gemeinde- resp. Stadtratsmitglieder:**

1. *Die Stadt Langenthal besitzt unter @langenthal.ch eine eigene E-Mail Domain. Die Gemeinderats- und Stadtratsmitglieder kommunizieren aber untereinander über ihre jeweiligen privaten Mailadressen. Auch Mitglieder kleinster Vereine haben oft vereinseigene Mailadressen. Wieso ist dies in Gemeinde- und Stadtrat nicht der Fall?*
2. *Würde es der Gemeinderat in Erwägung ziehen, einheitliche Mailadressen für Gemeinderats- und Stadtratsmitglieder (z.B. maxmuster@langenthal.ch oder unter einer separaten Domain) einzuführen und einzurichten, um so die Kommunikation in den Räten untereinander und die Erreichbarkeit der Ratsmitglieder durch Bürgerinnen und Bürger zu verbessern?*

■ Antworten von **Stadtratspräsident Reto Müller (SP):**

1. Die Mitglieder des Gemeinderats verfügen bereits heute über eine E-Mailadresse mit der Domain @langenthal.ch. Die Einrichtung einer E-Mail-Adresse für die Mitglieder des Stadtrats wurde bereits im Jahr 2012 im Rahmen eines damals eingereichten Postulats geprüft. Damals kam man aus finanziellen Überlegungen und aus Gründen der Datensicherheit und des Datenschutzes zum Schluss, keine städtischen E-Mailadressen für die Mitglieder des Stadtrats einzurichten.
2. In den Richtlinien der Regierungstätigkeit hält der Gemeinderat in einem strategischen Leitsatz fest, dass er die Möglichkeiten der Digitalisierung zur optimalen Erbringung der Dienstleistungen und zur Steigerung der Ressourceneffizienz nutzen möchte. In diesem Zusammenhang hat er bereits diverse Projekte lanciert, wie zum Beispiel die Einführung einer elektronischen Verwaltung der Geschäftsunterlagen (Projekt ILMA¹, im Stadtrat zuletzt am 1. November 2021 behandelt) oder die Stärkung der Onlinepräsenz (im Stadtrat zuletzt am 20. September 2021 behandelt) und die Einführung eines digitalen Bürgerkontos. Technisch ist die Einführung einer Mailadresse mit der Domain @langenthal.ch für die Mitglieder des Stadtrats möglich. Der Gemeinderat sieht jedoch vor, das vorgebrachte Anliegen zur Einführung einer einheitlichen E-Mailadresse für Gemeinderats- und Stadtratsmitglieder im Gesamtkontext des ILMA-Projektes zu prüfen und nicht losgelöst zu betrachten.

■ Frage von **Stadträtin Saima Sägesser (SP)** zum Thema: **Gendergerechte Sprache und Schreibweisen**

1. *Wie aktiv wird auf der Stadtverwaltung eine gendergerechte Sprache und Schreibweise betrieben und gefördert, die über das einseitige Maskulinum hinausgeht?*
2. *Welche Massnahmen verfolgt die Stadtverwaltung, die die Sichtbarkeit aller Geschlechter in allen Kommunikationsmassnahmen, Stellungnahmen, Berichten etc. gewährleistet?*

¹ ILMA = Information Lifecycle Management und Archivlösung.



3. *Wann kommt die konsequente Einführung des Asterisks (Genderstern) oder des Doppelpunkts, um eben jene Sichtbarkeit zu fördern?*
4. *Wie wird das Personal bezüglich gendergerechter Sprache und Schreibweise geschult?*

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

- 1., 2. & 4. In der Stadtverwaltung werden verschiedenste (politische) Geschäfte bearbeitet. Um die Vorbereitungsarbeit der für Entscheide zuständigen politischen Behörden sicherzustellen, werden die Geschäftsabläufe und Formalitäten im «Handbuch für die Stadtverwaltung» geregelt. Dieses Handbuch soll die Mitarbeitenden im Verwaltungsalltag unterstützen. Es gibt verbindliche Vorgaben zu Aufbau, Inhalt und Ablauf von Geschäften, Fristen, Kompetenzen und vielem mehr. Das "Handbuch für die Stadtverwaltung" regelt die gendergerechte Sprache folgendermassen:

Es ist grundsätzlich auf eine gendergerechte Sprache zu achten. Das heisst:

- Wo immer möglich geschlechtsneutrale Personenbezeichnungen wählen (z.B. Mitarbeitende).
- Wo das nicht möglich ist, explizite Nennung der männlichen und weiblichen Form (z.B. Gärtnerinnen und Gärtner).

Diese Regelung gilt für sämtliche Texte und wird den Mitarbeitenden immer wieder in Erinnerung gerufen, insbesondere in Fällen, bei denen sie nicht umgesetzt wurde.

3. Die Stadtverwaltung orientiert sich bei dieser Thematik an der Bundeskanzlei, beziehungsweise an der entsprechenden Weisung zum «Umgang mit dem Genderstern und ähnlichen Schreibweisen in deutschsprachigen Texten des Bundes» vom 15. Juni 2021.

■ Fragen von **Stadtrat Pascal Dietrich (FDP)** zum Thema: **Kommissionsreglemente – Stand der Bearbeitung**

Mit Gemeindebeschluss vom 14. Juni 2015, in Kraft ab 1. Januar 2017, sind die Art. 77 Abs. 1 Ziff. 1 bis 5 sowie Art. 79 bis 83 der Stadtverfassung aufgehoben worden. Es handelte sich dabei um die Bestimmungen, welche die Grundlage für die ständigen Kommissionen bildeten. Ersatzweise war und ist vorgesehen, für jede Kommission ein eigenes Reglement zu erlassen. Dies ist noch nicht passiert. Seit dem 1. Januar 2017 gibt es für Bestand, Wahlart, Wahlverfahren, Aufgaben und Kompetenzen etc. der Kommissionen keine reglementarische Grundlage mehr. Am 31. August 2020 fand im Stadtrat eine erste Lesung der neuen Kommissionsreglemente statt. Seit dem Änderungsbeschluss sind mittlerweile sechseinhalb Jahre vergangen, seit fast fünf Jahren ist die «verschlankte» Stadtverfassung in Kraft.

1. *Wann ist die 2. Lesung der Kommissionsreglemente im Stadtrat vorgesehen?*
2. *Der Stadtrat war im November 2020 im Zusammenhang mit der Aufhebung der Theaterkommission darüber orientiert worden, dass die 2. Lesung der Kommissionsreglemente nicht durch die bisherige Projektleitung vorbereitet werden könne, sondern „durch ein noch zu definierendes und einzusetzendes politisch besetztes Gremium“ behandelt werden müsse. Trifft es zu, dass dieses Gremium immer noch nicht eingesetzt ist? Wie ist das weitere Vorgehen geplant?*

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

Vorbemerkung: Es trifft nicht zu, dass seit dem 1. Januar 2017 für «Bestand, Wahlart, Wahlverfahren, Aufgaben und Kompetenzen der Kommissionen, etc.» keine reglementarische Grundlage mehr besteht. Das Gegenteil ist der Fall: Es wird diesbezüglich auf den ausführlichen Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 21. September 2016 für die Stadtratssitzung am 28. November 2016 (= 1. Lesung des Stadtrates zur Revision des Reglements über die Organisation der Stadtverwaltung), den Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 1. März 2017 für die Stadtratssitzung vom 17. März 2017 (= 2. Lesung des Stadtrates zur Revision des Reglements über die Organisation der Stadtverwaltung) sowie auf die geltenden Art. 17 bis 21 und Art. 32, 43, 49, 55 und 60 des Reglements über die Organisation der Stadtverwaltung und die weiteren bestehenden reglementarischen Grundlagen zu einzelnen Kommissionen



(Reglement für die Umweltschutz- und Energiekommission, Reglement der Sportkommission etc., siehe die offizielle Reglementensammlung auf der städtischen Homepage) verwiesen. Hätte der Fragesteller mit seiner Behauptung recht, hätten die Kommissionen weder nach den Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2016 noch im Jahr 2020 wiedergewählt und seither ihren Aufgaben nachkommen können.

1. Es bestand seitens des Gemeinderates in den Jahren 2013 und 2014 das damals kommunizierte Ziel, dass nach der Inkraftsetzung der neuen Stadtverfassung am 1. Januar 2017 rechtzeitig vor dem Beginn der laufenden Legislaturperiode 2021 bis 2024 jede Kommission über ein eigenes Reglement verfügt und die Neuwahlen für die Kommissionen nach diesen Reglementen erfolgen können. Entsprechend wurde nach der Beschlussfassung der Stimmberechtigten zur angepassten Stadtverfassung ein Projekt dazu lanciert, in welches unter anderem alle bestehenden Kommissionen aktiv eingebunden waren. Die Entwürfe der neuen Kommissionsreglemente wurden im Stadtrat am 31. August 2020 beraten. In dieser Beratung ergaben sich zahlreiche, zum Teil grundsätzlich politische und behördenstrukturelle Fragestellungen und Abklärungen, welche von der Projektleitung (Fachbereichsleitung Recht in den zentralen Diensten) an die Hand genommen wurden. Da eine zweite Lesung im Stadtrat aus terminlichen Gründen nicht mehr im Jahr 2020 möglich war, erfolgten die Wiederwahlen der Kommissionen für die laufende Legislaturperiode nach den geltenden Bestimmungen (siehe Vorbemerkung).

Damit entfiel einerseits der unmittelbare Zeitdruck (Regelungen vor dem Beginn der neuen Legislaturperiode), andererseits ergaben sich im zentralen Rechtsdienst im Jahr 2021 personelle Veränderungen und eine mutterschaftsbedingte längere Abwesenheit der zuständigen Projektleiterin. Aktuell wird ein Bericht betreffend die im Stadtrat anlässlich der ersten Lesung der Kommissionsreglemente am 31. August 2020 gestellten Fragen und Anträge sowie das weitere Vorgehen betreffend vorbereitet. Beschlüsse des Gemeinderates zum Inhalt oder zum weiteren Vorgehen stehen deshalb noch aus. Je nach diesen Beschlüssen wird sich auch die Zeitplanung für das weitere Vorgehen ausrichten.

2. Der erwähnte Bericht und Antrag des zentralen Rechtsdienstes befassen sich neben inhaltlichen Fragen auch mit dem Vorgehen. Wie gesagt konnte der Gemeinderat diesen Bericht bisher nicht beraten. Entsprechend liegen auch noch keine Beschlüsse zum weiteren Vorgehen vor. Es trifft damit zu, dass über die Einsetzung eines besonderen Gremiums noch nichts entschieden ist. Der nächste Projektschritt besteht in der Beratung des Berichtes des zentralen Rechtsdienstes im Gemeinderat. Danach richtet sich auch das weitere Vorgehen.
 - Zusatzfrage von **Stadtrat Pascal Dietrich (FDP)**: Dass gewisse Bestimmungen im Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung enthalten sind, ist selbstverständlich bekannt. Dass diese ausreichen, ist bestritten. So wäre die Zusatzfrage, ob es vielleicht nicht gescheiter gewesen diese Bestimmung solange in der Stadtverfassung zu belassen, bis die Kommissionsreglemente ausgearbeitet vorgelegen wäre, wenn dies doch zu so einer unendlichen Geschichte führt?
 - Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**: Das ist ein bisschen die Frage, wie man das Vorgehen eben strukturieren möchte. Aus meiner Sicht macht es durchaus Sinn, wenn zuerst das übergeordnete Recht vorliegt, worauf in der Folge die untergeordneten Bestimmungen daran angepasst werden. Wenn man untergeordnete Bestimmungen anpasst und diese anschliessend im übergeordneten Recht – was hier bei uns die Stadtverfassung darstellt, nicht verheben, wären sie obsolet.

Stadtrat Pascal Dietrich (FDP): Es stellt sich einfach die Frage, wann dies dann eingeführt wird. Wir konnten jetzt zur Kenntnis nehmen, dass die neue Stadtverfassung seit 1. Januar 2017 in Kraft ist.

- Frage von **Stadtrat Michael Schenk (SVP)** zum Thema: **Marketing und Kommunikation**

Die Stadt Langenthal hat eine 50% Stelle geschaffen für das Stadtmarketing.

Welche Projekte wurden bis jetzt umgesetzt und welche werden derzeit bearbeitet oder stehen an?



■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

Die Stadt Langenthal hat innerhalb der zentralen Dienste den Fachbereich Kommunikation & Marketing geschaffen. Die neu geschaffene Stelle «Fachbereichsleitung Kommunikation und Marketing» (100%-Pensum) konnte per 1. Januar 2021 erfolgreich besetzt werden. Die ersten Monate wurden im neuen Fachbereich unter anderem genutzt, um eine umfassende Analyse der bestehenden Situation vorzunehmen. Es ist vorgesehen, die Information und Kommunikation der Stadt Langenthal einerseits mit längerfristigen, strategischen Planungen zu optimieren. Andererseits tragen kurzfristigere, operative Massnahmen dazu bei, dass sich die Stadt kommunikativ klarer positionieren kann. Hauptziel ist es, dass die Stadt Langenthal auch in Zukunft eine wirkungsvolle, zeit- und adressatengerechte sowie moderne interne und externe Kommunikation und ein ebensolches Stadtmarketing sicherstellen kann.

Bereits umgesetzt wurden die folgenden Projekte, beziehungsweise Arbeiten:

- Neue Prozesse im Informationswesen beziehungsweise in der externen Kommunikation (Informationen aus dem Gemeinderat, Medienarbeit)
 - Täglicher Medienspiegel für Gemeinderat und Verwaltungsleitung
 - Projektierung neuer Webauftritt
 - Präsenz LinkedIn (Arbeitgebermarketing)
 - Wechsel der Verantwortung für die Personalzeitung vom Personaldienst zum neuen Fachbereich Kommunikation & Marketing (Entlastung des Personaldienstes)
 - Beratung und Mitarbeit bei diversen Themen, Anlässen und Projekten (Regierungsrichtlinien, Medien-Cafés, Informationsveranstaltungen, Anlässe der Stadt etc.)

Am Laufen bzw. geplant sind unter anderem die folgenden Projekte:

- Realisierung neuer Webauftritt
 - Erarbeitung Kommunikationsstrategie
 - Erarbeitung Stadtmarketingstrategie
 - Neukonzeption und Digitalisierung der internen Kommunikation
 - Erarbeitung Social-Media-Konzept
- Frage von **Stadträtin Saima Sägesser (SP)** zum Thema: **Kostenloses WLAN im öffentlichen Raum**

Ist für die Stadt Langenthal im öffentlichen Raum ein flächendeckendes WLAN zur kostenlosen Nutzung vorgesehen? Wenn ja, auf wann und wo genau? Wenn nein, warum nicht?

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

Nein, für die Stadt Langenthal ist im öffentlichen Raum kein flächendeckendes WLAN zur kostenlosen Nutzung vorgesehen.

Im Zusammenhang mit dem Projekt «z'Langetu – Märtingass 2020» wurde im Jahr 2018 die Bereitstellung von kostenlosem Internetzugang im Zentrum von Langenthal geprüft. Der Gemeinderat kam damals nach entsprechender Prüfung zum Schluss, dass er die Erarbeitung eines Projektes «Kostenloser Internetzugang im Zentrum von Langenthal» nicht unterstützt.

Eine im Rahmen dieser Prüfung eingeholte, sehr grobe Kostenschätzung kam zum Schluss, dass für einen kostenlosen Internetzugang im Zentrum von Langenthal mit einmaligen Installationskosten in der Höhe von Fr. 100'000.00 und jährlich wiederkehrenden Wartungskosten in der Höhe von Fr. 6'000.00 gerechnet werden müsste. Diese Kosten standen für den Gemeinderat in keinem Verhältnis zum erhofften Nutzen. Er ging in seiner Beurteilung davon aus, dass die allermeisten Nutzerinnen und Nutzer heute über ein ihrem Verhalten entsprechend ausreichendes Abonnement verfügen und somit ein Public-WLAN lediglich durch einen kleinen Personenkreis genutzt würde. Ausserdem sprachen datenschutzrechtliche und datensicherheitstechnische Überlegungen gegen die Einführung eines flächendeckenden WLANs.

Unabhängig von diesem Grundsatzentscheid gibt es heute an folgenden Standorten ein Public WLAN:



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 29. November 2021

- Stadttheater
- Dreifach Sporthalle Kreuzfeld
- Dreifach Sporthalle Hard
- Markthalle
- Stadion Hard
- Regionalbibliothek
- Kunsteisbahn
- Schwimmbad
- Wuhrplatz

Weitere, auf privater Basis realisierte Lösungen, sind in dieser Auflistung nicht enthalten.

■ Frage von **Stadtrat André Rentsch (JL)** zum Thema: **Zukunft Eissport Langenthal**

1. *Wann werden die Erkenntnisse und allfällige Entscheidungen zu den Finanzierungs- und Organisationsmodelle welche durch die Arena Oberaargau bis Ende Jahr erarbeitet werden voraussichtlich kommuniziert?*
2. *Befindet sich die Testplanung generell im Zeitplan gemäss der genannten Terminierung in den Abstimmungsunterlagen vom 15. März 2020?*

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

1. Der Schlussbericht der Arena Oberaargau AG wird anfangs Dezember 2021 der Projektsteuerung eingereicht. Anschliessend werden sich die zuständigen, vorberatenden Kommissionen und der Gemeinderat mit den Erkenntnissen befassen. Die Ergebnisse des von der Arena Oberaargau AG im Auftrag der Stadt erarbeiteten Finanzierungs- und Organisationsmodells für die neue Eissporthalle im Hard werden, falls der Bericht die erwähnten Instanzen passiert, somit dem Stadtrat und der Öffentlichkeit voraussichtlich Ende Januar, anfangs Februar 2022 kommuniziert. Der Gemeinderat wird hierzu entscheiden, ob er vor der Veröffentlichung mit den Stadtratsfraktionen ein internes Hearing durchführen will.
2. Mit der Testplanung oder einem anderen qualitätssichernden Verfahren kann erst nach Vorliegen des Entscheids über das Fazit des zukünftigen Organisations- und Finanzierungsmodells begonnen werden. Die Einhaltung des Gesamtterminplans hängt hierbei eng mit dem konkreten Planungsverfahren zusammen, die oder das nun gewählt wird. Je nach gewähltem, weiterem Prozess ist der Gesamtterminplan nach wie vor erreichbar.

■ Frage von **Stadtrat André Rentsch (JL)** zum Thema: **Neubau der Kindergärten; Nutzung der Räumlichkeiten**

Aufgrund der kürzlich durchgeführten Architekturwettbewerbe für die neuen Kindergärten wird die Zusammenfassung an den drei Standorten Elzmatte, Hard und Kreuzfeld konkreter.

Bestehen bereits Ideen wie die alten Räumlichkeiten genutzt werden?

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

Für die zukünftige Nutzung der dezentralen und nicht mehr genutzten Kindergärten sind Ideen vorhanden, bislang wurden diese jedoch nicht konkretisiert oder gar mit dem Gemeinderat besprochen. Je nach Lage der bestehenden Liegenschaften sind sowohl öffentliche, respektive private Nachnutzungen, aber auch Veräusserungen der Liegenschaften denkbar. Eine, noch zu erarbeitende, vertiefte Abklärung soll in Zusammenarbeit mit allen Stakeholdern die verschiedenen Varianten (private, respektive öffentliche Nachnutzung, Veräusserung) mit allen Vor- und Nachteilen in monetärer, nutzungsspezifischer und räumlicher Hinsicht sowie das weitere Vorgehen (beispielsweise Umzonung, Entwidmung, Umbuchung aus dem Verwaltungs- ins Finanzvermögen, weitere öffentliche Nutzung) aufzeigen.



■ Frage von **Stadtrat Dyami Häfliger (glp)** zum Thema: **Verkehrsrichtplan**

Wie weit wurden die im kommunalen Verkehrsrichtplan definierten Massnahmen für den motorisierten Individualverkehr, namentlich für die nachfolgenden Strassen, umgesetzt?

- *Bahnhofstrasse (Bahnhofplatz - Aarwangenstrasse)*
- *Jurastrasse (Bahnhofplatz - Aarwangenstrasse)*
- *Mittelstrasse*

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

Der Gemeinderat hat im Jahr 2014 ein Konzept «Verkehrsregime Langenthal Zentrum» erarbeiten lassen. Basierend auf dessen Schlussbericht vom 6. November 2014 hat er in der Folge die darin enthaltene Variante 3A als umzusetzende Verkehrsmassnahme genehmigt. Diese sieht vor, auf der Aarwangenstrasse (Manor bis Onyxkreisel) und auf der Bützbergstrasse (Manor bis Kreisel Ringstrasse) sowie auf der Bahnhof- und Jurastrasse eine Tempo 30 Zone zu errichten. Der damals vom Gemeinderat erteilte Umsetzungsauftrag wurde aus verschiedenen Gründen bislang nicht umgesetzt. Er bildet aber weiterhin eine gültige politische Vorgabe für die laufenden Planungsvorhaben zu den in der Planung stehenden Verkehrsmassnahmen des Agglomerationsprogramms der 3. Generation.

Das zukünftige Verkehrsregime auf der Mittelstrasse ist ebenfalls Gegenstand der laufenden Planungsarbeiten zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms 3. Generation. Im Gegensatz zum Zentrum gibt es hier noch keine politischen Beschlüsse.

■ Frage von **Stadträtin Saima Sägesser (SP)** zum Thema: **Beleuchtung von Schaufenstern**

1. *Bis wann dürfen Schaufenster von Geschäften und anderen Institutionen in der Stadt Langenthal abends beleuchtet sein? Gibt es hierzu eine Verordnung oder Regelung?*
2. *Sind die erleuchteten Schaufenster im Langenthaler Plan «Lumière» berücksichtigt?*

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

1. Die Gemeinden können gestützt auf Art. 9 Abs. 3 des kantonalen Baugesetzes des Kantons Bern (BauG; BSG 721.0) nähere Vorschriften für Reklamen, auch solche welche nicht der Baubewilligungspflicht unterliegen, erlassen. Eine kommunale gesetzliche Grundlage existiert für die Stadt Langenthal nicht. In diesem Sinne können im Rahmen der Vorsorge gestützt auf Art. 11 des Umweltschutzgesetzes des Kantons Bern (USG; SR 814.01) lediglich für baubewilligungspflichtige Bauvorhaben Auflagen bezüglich der Abschaltzeiten für beleuchtete Reklamen erlassen werden. Das in Revision stehende kantonale Energiegesetz sieht gemäss erster Lesung im Grosse Rat vor, dass für Schaufensterbeleuchtungen nur noch energieeffiziente Leuchtmittel zulässig werden.
2. Einen Langenthaler Plan «Lumière» gibt es nicht. Hierzu wurden zwar Grundlagenarbeiten gemacht, das Thema wird jedoch erst im Rahmen der anstehenden Ortsplanungsrevision behandelt.

Gemeinderat Michael Schär (FDP):

■ Frage von **Stadtrat Martin Lerch (SVP)** zum Thema: **Private Photovoltaik-Anlagen: Kommunale Anreize zur grosszügigeren Dimensionierung?**

Aktuell werden von privaten Gebäudeeigentümern erfreulicherweise vermehrt Photovoltaik-Anlagen installiert. Häufig werden solche Anlagen allerdings nur für den privaten Bedarf konzipiert, obwohl die verfügbaren Flächen eine grössere Dimensionierung der Anlagen zulassen würden. Zu einer solchen Investition fehlt aber angesichts der tiefen Einspeisevergütung vielfach der nötige Anreiz.



Sieht der Gemeinderat hier Möglichkeiten, zusammen mit Partnern wie der IBL AG, Anreize (Preisgestaltung, Koordinationsmassnahmen, etc.) zu schaffen, sodass vermehrt auch Flächen mit Solarpanels bestückt werden, die nicht für den Privatgebrauch benötigt werden?

Dies wäre ein wünschenswerter Anreiz, um dem Label «Energiestadt» mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen und um einen grösseren Beitrag zur CO2 freien Energieproduktion zu leisten.

■ Antworten von **Gemeinderat Michael Schär (FDP)**:

Auch der Gemeinderat findet es schade, dass nicht bei allen Dächern das volle Potential ausgeschöpft wird. Entsprechend ist auch der Gemeinderat daran interessiert, möglichst viele Dach-, (aber auch Fassaden-)flächen mit PVA bestückt zu sehen. Eine entsprechende Strategie für die Dächer der stadteigenen Gebäude ist in Erarbeitung.

Nach Ansicht des Gemeinderates ist es langfristig zielführender, die Nachfrage nach Solarstrom zu fördern und damit auch die Einspeisevergütung zu erhöhen, anstelle weiterer, direkter, finanzieller Förderung der PVA durch die Stadt Langenthal. Zudem fehlt für eine finanzielle Förderung in der Stadt Langenthal die gesetzliche Grundlage und es sind aktuell keine Geldmittel eingestellt. Die Förderung von Solaranlagen wird bislang von Bund und Kanton betrieben:

Die Förderung durch den Bund bemisst sich bereits an der Gesamtleistung der PVA, unabhängig vom Eigenverbrauch. Entsprechend ist dadurch bereits sichergestellt, dass für die Wahl der zu installierenden Leistung nicht ausschliesslich der Eigenverbrauch ausschlaggebend ist. Zudem besteht seit 2018 die kantonale Möglichkeit, dass sich Besitzerinnen und Besitzer von Wohn- und Zweckbauten zu einem sogenannten Zusammenschluss zum Eigenverbrauch (ZEV) zusammenschliessen und mit dem PV-Strom auch nachbarschaftliche Gebäude versorgen.

■ Fragen von **Stadtrat Michael Schenk (SVP)** zum Thema: **GrünStadt**

(www.gruenstadt-schweiz.ch) Dort sind schon verschiedene Städte wie Zürich, Winterthur aber auch kleinere Gemeinden wie Lichtensteig, Bulle, Aigle usw. die in etwa die Grösse von Langenthal haben.

Grünstadt will die Grünflächen fördern mehr Stadtbäume, Stadtpärke, Begrünte Flachdächer und Stadtbiotop für div. Tierarten usw. fördern und erhalten. Ich könnte mir ein mitmachen/wirken für Langenthal als Gartenstadt gut vorstellen.

1. *Hat die Stadt Langenthal sich schon einmal mit dem Label Grünstadt auseinandergesetzt?*
2. *Und könnte das ev. für Langenthal in Frage kommen dies einzuführen?*

■ Antworten von **Gemeinderat Michael Schär (FDP)**:

1. Das Label Grünstadt ist der Stadt Langenthal bekannt. Grundsätzlich entspricht die Herangehensweise auch der Grünraumpflege in Langenthal, weshalb eine offizielle Zertifizierung spannend und ohne grosse Änderung der bisherigen Praxis möglich wäre. Allerdings würde durch die Zertifizierung ein administrativer und personeller Mehraufwand entstehen. Eine nachhaltige und umweltbewusste Grünraumgestaltung ist aber auch ohne das Label umsetzbar und wird seitens Smaragdgebiet auch bereits gefordert. In den anstehenden Planungen z. B. AP3, Arealentwicklungen etc. kommt den Grünflächen eine wichtige Rolle zu. So gilt es, diese Räume attraktiver zu gestalten und zu Adaption an die Klimaveränderung zu nutzen.
2. Aktuell befindet sich das Label noch in den Kinderschuhen und es gibt schweizweit erst vier zugelassene Garten-Stadt-Berater, wobei nur zwei davon Gemeinden und Städte begleiten. Da zusätzlich dieses Label ebenfalls in der Fachstelle Umwelt und Energie anzusiedeln wäre, welche bereits das Energiestadtlabel betreut und lediglich mit 100 Stellenprozenten besetzt ist, scheint für die Stadt Langenthal momentan nicht der richtige Zeitpunkt ein neues Label anzustreben. Der Fokus soll vielmehr auf die naturnahe und nachhaltige Gestaltung der Grünflächen gelegt werden. Ein entsprechendes Konzept wird im



Zusammenhang mit der Motion Gerber-Möri Franziska (GL), Loser Fries Stefanie (SP), Zürn Fanny (GL) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021: «Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal» je nach politischem Beschluss bald schon erarbeitet. Diesem Begehren stimmten Sie ja heute Abend zu.

■ Fragen von **Stadträtin Saima Sägesser (SP)** zum Thema: **Laub-Konzept**

1. *Kennt die Stadt Langenthal ein Laub-Konzept?*
2. *Wie genau wird mit den herunterfallenden Blättern der Bäume in der Stadt und Gemeinde umgegangen?*
3. *Werden diese entsorgt? Wenn ja warum und wohin?*
4. *Wie hoch ist der zeitliche und finanzielle Aufwand für die Entsorgung?*

■ Antworten von **Gemeinderat Michael Schär (FDP)**:

1. Der Werkhof, insbesondere die Gruppe öffentliche Anlagen, arbeitet seit Jahren nach einem fix definierten Einsatzplan. Diese Einsätze werden auf die jeweilige Tagesaktualität hin geprüft und gegebenenfalls leicht angepasst. Ein eigentliches «Laub-Konzept» existiert nicht.
2. & 3. Das unverschmutzte Laub von den öffentlichen Anlagen wird in Langenthal kompostiert, während das verschmutzte Laub von den Strassen und Gehwegen entsorgt wird. Entsorgt wird das verschmutzte Laub bei Landolt Kanaltechnik AG in Langenthal.
4. Der Aufwand beträgt mehrere hundert Arbeitsstunden pro Jahr. Die genaue finanzielle Ermittlung konnte aufgrund der fehlenden Zeit nicht bewerkstelligt werden

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP):

■ Frage von **Stadtrat Pascal Dietrich (FDP)** zum Thema: **Langenthaler Wochenmarkt; Revision Marktreglement**

Der Langenthaler Wochenmarkt hat in den letzten über zehn Jahren einen sehr erfreulichen Aufschwung erlebt und ist in unserer Stadt bezüglich Einkaufs eine feste Grösse. Das Marktreglement aus dem Jahr 1998 erscheint allerdings zunehmend veraltet. So ist beispielsweise in Art. 8 Abs. 2 vorgesehen, dass bei Marktfahrern mit gleichartigem Angebot die bisherigen Bewerber den Vorzug für eine Bewilligung erhalten sollen. Angesichts der Grösse und der Frequenz des Wochenmarkts wären heutzutage mehrere Stände mit gleichem oder ähnlichem Angebot kein Problem mehr. Zudem ist an mehreren Stellen im Reglement auch noch von der Stadtpolizei die Rede, die es bekanntlich seit Jahren nicht mehr gibt.

1. *Ist der Gemeinderat gewillt, eine Revision des Marktreglements im kommenden Jahr in Angriff zu nehmen?*
2. *Besteht die Möglichkeit, in weiter Auslegung des Reglements bereits ab sofort Standplatzbewilligungen für neue Marktfahrer auch mit gleichartigem Angebot zu erteilen?*

■ Antworten von **Gemeinderat Markus Gfeller (FDP)**:

1. Nein. Wir sind zwar daran, dies zu überprüfen, aber ein Resultat wird sicherlich nicht gleich schon im nächsten Jahr vorliegen. Wir sind uns bewusst, dass das heutige Marktreglement relativ alt ist und in der Zeitspanne ab 2022 bis 2024 haben wir diverse Reglemente zu überarbeiten. Da wir ja nicht alle miteinander neu machen können, mussten wir eine Priorisierung vornehmen. Ein Reglement, das wir gerne bald überarbeiten möchten, ist beispielsweise das Ortspolizeireglement. Beim Marktreglement stellten



wir fest, dass es natürlich vielleicht nicht ganz aktuell ist, dabei aber auch gleichzeitig festhalten, dass dabei kein Verstoss gegenüber übergeordnetem Recht vorliegt und der bisherige Inhalt zu keinen Widersprüchlichkeiten führt, ohne dass dieses Reglement umgesetzt werden könnte.

2. Diese Frage kann man bejahen. Art. 8 Abs. 2 des gelten Marktreglements der Stadt Langenthal besagt, dass wenn sich mehrere Marktfahrerinnen und Marktfahrer mit demselben Angebot um eine Standplatzbewilligung bemühen, bisherige Bewerber den Vorzug erhalten, solange sie ihren Stand bislang sauber betrieben. Es ist aber nicht grundsätzlich so, dass neue Antragsstellende ausgeschlossen werden. Gemessen an der Anzahl der vorhandenen Standplätze kann die Bewilligungsbehörde im Rahmen dieses Artikels weitere Standplatzbewilligungen erteilen, wobei die Voraussetzung erfüllt sein muss, dass der notwendige Platz dazu auch zur Verfügung steht. Und dies ist eigentlich auch das Problem. Eine sofortige Umsetzung der Forderung dürfte wahrscheinlich in der Praxis genau daran scheitern, weil diese Standplätze erfreulicherweise seit Jahren bestens ausgebucht sind.

■ Frage von **Stadtrat Georg Cap (GL)** zum Thema: **Revision Ortspolizeireglement**

2022 erwartet uns quasi das 50 Jahre Jubiläum des Ortspolizeireglements der Gemeinde Langenthal. Es liegt auf der Hand, dass dieses altersschwache, seit 1972 unveränderte Reglement betreffend Inhalt, Wortlaut und Rechtsquellenbezug einer Revision bedarf. Der Gemeinderat hat zuletzt im Jahr 2018, auf Nachfrage von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch, ebenfalls Handlungsbedarf in Bezug auf das Ortspolizeireglement geortet und eine Revision ab dem Jahr 2020 in Aussicht gestellt.

Inwiefern hat der Gemeinderat bis heute diese Revisionsarbeiten in Angriff genommen oder wie sieht allenfalls der Plan des weiteren Vorgehens, bezüglich einer Revision des Ortspolizeireglements auf Grundlage des städtischen Sicherheitskonzepts und des kantonalen Polizeigesetzes aus?

■ Antworten von **Gemeinderat Markus Gfeller (FDP)**:

Die ab dem Jahr 2020 in Aussicht gestellte Revision des Ortspolizeireglements der Stadt Langenthal musste zwar einige Mal nach hinten verschoben werden, aber seit Beginn dieses Jahres ist die kantonale Gesetzgebung sowohl wie im Gesetz wie auch in der Verordnung vorliegend. Und deshalb konnten wir das Projekt «Revision Ortspolizeireglement» auch angehen. Im Moment befinden wir uns im AföS¹ in einer Phase der Erarbeitung eines ersten Entwurfs. Parallel dazu wird der Gemeinderat in Kürze festlegen, wie das Organisation dieses Projekts aussehen wird, damit die Revisionsarbeiten 2022 fortgesetzt werden können. Sie sahen dies auch in den Richtlinien der Regierungstätigkeit, dass unter Massnahme 15 ein neues Ortspolizeireglement vorgesehen ist. Dabei ist es die Idee, dass dieses neue Reglement spätestens am 1. Januar 2025 in Kraft treten soll.

Die sich aktuell auf Kurs befindenden Arbeiten werden auf Grundlage und unter Berücksichtigung der aktuell gültigen eidgenössischen, aber eben vor allem auch kantonalen und natürlich auch kommunalen Erlasse und Konzepte angegangen.

■ Frage von **Stadtrat Pascal Dietrich (FDP)** zum Thema: **Pflanzenrückschnitte – Einhaltung des Lichtraumprofils an Strassen und Wegen**

Die Einhaltung des Lichtraumprofils an Strassen und Wegen dient mit genügenden Sichtwinkeln der Verkehrssicherheit und ist gerade auf Schulwegen ein nicht zu unterschätzender Faktor. Die Kontrolle der

¹ AföS = Amt für öffentliche Sicherheit.



nötigen Pflanzenrückschnitte ist bekanntlich eine Sisyphusarbeit, darf aber trotzdem nicht vernachlässigt werden.

1. *Wer kontrolliert in Langenthal in welcher Form und in welchen Zeitabständen die Einhaltung des Lichtraumprofils an Strassen und Wegen?*
2. *Wie wird die Entwicklung und die Situation diesbezüglich aktuell eingeschätzt und was wird konkret unternommen, wenn Liegenschaftseigentümer ihrer Pflicht zur Einhaltung des Lichtraumprofils nicht nachkommen?*

■ Antworten von **Gemeinderat Markus Gfeller (FDP)**:

1. In der Stadt Langenthal werden keine zeitlich festgelegten Kontrollen vorgenommen. Dies steht im Zusammenhang, dass die Pflanzen unregelmässig wachsen, sodass eine Kontrolle nicht immer zur selben Zeit erfolgen muss, sondern erst dann, wenn es eben angezeigt ist. Unabhängig davon wird die Einhaltung des Lichtraumprofils an Strassen und Wegen in Zusammenarbeit zwischen dem Stadtbauamt, insbesondere dem Werkhof und dem Amt für öffentliche Sicherheit und da insbesondere mit dem Polizeiinspektorat, im Zuge der allgemeinen Aufgabenerfüllung z. B. bei Kehrrichtsammlung, Strassenreinigungen, Strassensignalisationen etc. überprüft. Selbstverständlich werden wir auch anhand konkreter Hinweise aus der Bevölkerung aktiv und führen entsprechende Kontrollen beziehungsweise Überprüfungen durch.
2. Es kann eine gute Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern festgestellt werden. Die Lage kann generell als stabil und gut betrachtet werden, was mitunter auch auf die jährliche Inserierung im Anzeiger durch das Stadtbauamt zurückzuführen ist. Nur in Einzelfällen besteht seitens der Stadt Langenthal Handlungsbedarf. Ist dies der Fall, so wird vorab mit den säumigen Parteien das Gespräch gesucht. Sollte diese Massnahme nicht erfolgreich sein, folgt eine schriftliche Aufforderung zur Behebung des widrigen Zustands gestützt auf Art. 35 des derzeit noch geltenden Ortspolizeireglements. Als letzte Massnahme würde danach der Verwaltungszwang mittels Verfügung greifen. Aber dieses Mittel braucht es eigentlich praktisch nie.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP):

■ Frage von **Stadträtin Renate Niklaus-Lanz (glp)** zum Thema: **Markthalle**

Anlässlich verschiedener Veranstaltungen ist mir aufgefallen, dass die Markthalle in einem desolaten Zustand ist und als zentrales Gebäude mitten in Langenthal ein denkbar schlechtes Image hinterlässt.

Ist zeitnah eine Sanierung der Markthalle vorgesehen? Vor allem energietechnisch besteht aus meiner Sicht dringender Handlungsbedarf aber auch die Fassade und der Innenbereich mit Küche (defekte Geräte) und WC Anlagen müssten ein «Facelifting» erhalten.

■ Antworten von **Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP)**:

Die Markthalle an der Herzogstrasse 8 ist im kantonalen Bauinventar als erhaltenswertes K-Objekt in der Baugruppe A eingestuft. Im Investitionsplan 2022 - 2026 vom 7. Juli 2021 ist unter Ziff. 4.9.01 die Sanierung der Markthalle erwähnt, aber ohne Investitionssumme. Zu gegebener Zeit soll als erster planerischer Schritt ein Gesamtkonzept zur Entwicklung des Markthallenareals erarbeitet werden, welches auch die Nutzung und die dafür notwendigen baulichen Massnahmen der Markthalle definiert. Bis dahin wird die Markthalle mit den notwendigen Instandhaltungsarbeiten unterhalten, damit weiterhin Veranstaltungen stattfinden können.

Die Frage in dem Sinn ist ja klar, ob zeitnah eine Sanierung der Markthalle vorgesehen ist? Dazu kann ich auch kurz und knapp antworten: Nein.



Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP):

■ Frage von **Stadtrat Pascale Dietrich (FDP)** zum Thema: **Badi Langenthal - Sanierungsarbeiten**

Die Badi wurde von 1992 bis 1994 nach Annahme einer entsprechenden Gemeindeinitiative der Jungliberalen Langenthal umfassend renoviert. Seither sind 27 Jahre vergangen und erneut wären viele Sanierungsarbeiten dringend nötig. Nachdem es sechs Jahre gedauert hat, um ein Sanierungs- und Unterhaltskonzept zu erarbeiten, hat der Gemeinderat bekanntlich die Sanierung der Schwimmbecken auf die Zeit nach 2030 verschoben. Immerhin sollen aber an den Gebäuden die nötigsten Arbeiten unverzüglich ausgeführt werden.

1. *Welche Sanierungsarbeiten werden in der Badi Langenthal in diesem Winter konkret vorgenommen?*
2. *Welche Arbeiten sind in den nächsten zwei Wintern vorgesehen und welches Gremium (GR/SR/Stimmvolk) ist voraussichtlich für eine Kreditbewilligung zuständig?*

■ Antworten von **Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP)**:

1. Vor der Badesaisonöffnung im Mai 2022 werden die dringendsten, notwendigen Instandstellungsarbeiten wie Verputz- und Malerarbeiten, Ausflicken von Bodenbelägen, etc. an den öffentlich zugänglichen Gebäudeteilen vorgenommen. Die Arbeiten erfolgen im Rahmen des jährlichen Unterhaltsbudgets. So wurde auch im letzten Frühling vorgegangen.
2. In den kommenden zwei Winter sind keine grösseren Massnahmen vorgesehen. Die Planungsarbeiten zur Umsetzung des Sanierungs- und Unterhaltskonzeptes erfolgen frühestens im Jahre 2029. Ein allfälliger Projektierungskredit muss dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt werden. Und dies wird dann wohl eine grössere Sache und wird dann auch noch einen Volksentscheid bedingen.

Gemeinderätin Martina Moser (SP):

■ Frage von **Stadträtin Nathalie Scheibli (SP)** zum Thema: **KulturLegi**

Die KulturLegi wurde für das Jahr 2022 aus dem Budget von Langenthal gestrichen.

1. *Wieviel wurde dadurch gespart?*
2. *Haben Familien mit kleinen Budgets weiterhin die Möglichkeit, eine KulturLegi zu beantragen?*
3. *Gedenkt der Gemeinderat, bei der Budgetierung für 2023 wieder als Partnergemeinde der KulturLegi beizutreten?*

■ Antworten von **Gemeinderätin Martina Moser (SP)**:

1. 2021 wurde der Caritas für das Führen der KulturLegi Fr. 9'600.00 bezahlt. Der jährliche Beitrag beträgt Fr. 0.65 pro Einwohnerin und Einwohner. In diesem Rahmen bewegen sich die künftigen Einsparungen. 2020 wurden 118 KulturLegis ausgestellt. Wie oft die KulturLegis eingesetzt wurden, ist nicht bekannt.
2. Nein. Für Langenthalerinnen und Langenthaler steht diese Möglichkeit nicht offen.
3. Der Gemeinderat entschied an seiner Sitzung vom 1. September 2021 den Leistungsvertrag mit der Caritas über die KulturLegi nicht zu erneuern.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 29. November 2021

■ Frage von **Stadträtin Saima Sägesser (SP)** zum Thema: **Nette Toilette**

1. *Wie steht es um das Label "Nette Toilette" und seine Einführung in Langenthal?*
2. *Das Postulat dazu wurde 2014 für erheblich erklärt. Bis 2016 sollte das Sozialamt einen Bericht erstellen, der Auskunft über die an „Nette Toilette“ interessierten Beizen und Geschäfte gibt. Liegt dieser Bericht vor?*
3. *Was sind die nächsten Schritte und wann kommt es zur Einführung der „netten Toiletten“?*
4. *Welche Massnahmen sieht die Stadt vor, um die öffentlichen WC-Anlagen in der Stadt attraktiver und zugänglicher zu machen?*

■ Antworten von **Gemeinderätin Martina Moser (SP)**:

1. bis 3. Am 16. November 2015 wurde dem Stadtrat der Prüfbericht zu «Nette Toiletten» vorgelegt. Dieser wurde zur Kenntnis genommen und das entsprechende Postulat als erledigt abgeschrieben. Das Sozialamt erarbeitete daraufhin einen Bericht und Antrag zu Händen des Gemeinderates aus. Der Gemeinderat lehnte am 7. Dezember 2016 den vorgelegten Umsetzungsvorschlag zu einem Pilotprojekt «Nette Toiletten» ab. Demzufolge erfolgte keine Einführung von «Netten Toiletten». Sie ist auch künftig nicht vorgesehen.
4. Zurzeit sind keine Massnahmen vorgesehen.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Somit sind wir am Schluss dieser Fragestunde. Ganz herzlichen Dank den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten für die Beantwortung in dieser kurzen Zeit und auch Ihnen allen herzlichen Dank für die interessanten Fragestellungen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. **Mitteilungen des Gemeinderates**

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Es folgt Traktandum Nr. 10 mit den Mitteilungen des Gemeinderates, wozu aber keine Mitteilungen vorliegen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11 A. Eingereichte Motion Sägesser Saima Linnea (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2021: Mehr Flächen für Langenthaler Kultur- und Veranstaltungswerbung

Motionstext:

"Mehr Flächen für Langenthaler Kultur- und Veranstaltungswerbung"

Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt zusätzlich zum einzigen Langenthaler Kulturnagel auf dem Dästerplatz, an anderen geeigneten Standorten in Langenthal weitere Kulturnagel oder andere Plakatierungssäulen zu platzieren.

Begründung: Auf Sport-/Kultur und andere Veranstaltungen aufmerksam zu machen, ist notwendig, will man ein Publikum erreichen. Es reicht nicht dies nur digital oder im Grossformat mit Plakatständern zu tun.

*Kleinere Plakate ermöglichen eine haptischere Bewerbung. Aktuell haben Veranstalter*innen in Langenthal die Möglichkeit kleinere Plakatformate (A4-A3) auf der Stadt abzugeben, die dann gestempelt an Bushaltestellen und auf dem einen Kulturnagel am Dästerplatz platziert werden.*

Der Kulturnagel am Dästerplatz ist kaum zugänglich hinter den Parkplätzen und die Wirkung, die der Nagel haben könnte, wird erst gar nicht richtig ermöglicht. Bushaltestellen wiederum bedienen nur eine bestimmte Zielgruppe.

Plakate in Geschäften und Restaurationsbetrieben zu platzieren ist auch nur bedingt möglich und erreicht auch wiederum nur eine bestimmte Gruppe Menschen.

*Der öffentliche Raum bietet aber Potential für mehr Plakatierungsflächen, sichtbar für alle. Kulturnagel auf dem Wuhrplatz, auf Parkplätzen neben den Automaten, in der Marktgasse oder auf dem Mühle- und -Porziareal täten Veranstalter*innen darin unterstützen niederschwellig und mit geringem Aufwand Werbung zu machen. Ein diverses Publikum könnte erreicht werden. Gleichzeitig würde die Vielfalt des Langenthaler Veranstaltungsangebots sichtbarer. Für die Stadt wäre dies nur ein geringer Mehraufwand. Denn die Plakate, die man jetzt schon für den Dästerplatz und die Bushaltestellen abgeben darf, werden so oder so gehängt, es kämen einfach weitere Standorte dazu.*

Die Stadt Langenthal nimmt so die Verantwortung als Kulturförderin wahr: Sie ergänzt die Förderung durch finanzielle Mittel mit der Bereitstellung von Gratis-Bewerbungsmöglichkeiten."

Saima Linnea Sägesser
(Erstunterzeichnende)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11 B. Eingereichte Interpellation Sägesser Saima Linnea (SP), Käser Gerhard (SP), Scheibli Nathalie (SP), Wasem Nadine (GL) vom 29. November 2021: Langenthaler Lohnsystem und seine Stellen – Wie zeitgemäss ist es?

Interpellationstext:

"Langenthaler Lohnsystem und seine Stellen – Wie zeitgemäss ist es?"

Anfrage:

- A) Stellenbeschreibungen hängen direkt mit den städtischen Lohnklassen zusammen. Inhalte von Stellen und Berufen gehen allerdings mit der Zeit und verändern sich. Wie proaktiv und wie häufig werden Anpassungen/Überprüfungen von Stellenbeschreibungen gemacht?
- B) Führen Änderungen im Berufsbild und in Stellenbeschreibungen zu Wechseln in der Lohnklasse? Werden Stellen in höhere Lohnklassen eingeordnet oder umgeteilt, wenn es den Änderungen im Berufsbild entspricht? Wenn nein, warum nicht?
- C) Wie werden die einzelnen Stellen und ihre Lohnklassen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und zu umliegenden Gemeinden und vergleichbaren Städten ins Verhältnis gesetzt?
- D) Wurde Lohnbänder und die zugehörigen Stellen auch schon gegen unten korrigiert/angepasst? Sprich wurden für bestimmte Stellen früher mehr Löhne bezahlt als es heute der Fall ist? Wenn ja, welche Stellen betrifft dies?
- E) Wie teilen sich die Geschlechter in die unterschiedlichen Lohnklassen ein? Sprich, kann nachvollzogen werden, ob bestimmte Lohnklassen und die dazugehörigen Stellenbeschriebe mehr Männer oder mehr Frauen als Lohnbezüger*innen aufweisen?
- F) Werden die Mitarbeiter*innen der Stadt Langenthal aktiv befähigt und ermutigt, über ihre Löhne zu sprechen und diese zu vergleichen? Wenn nein, warum nicht?
- G) Wer erhält wann eine Lohnerhöhung? Wie regelmässig werden Lohnerhöhungen angeboten?
- H) „Zudem ordnete der Stadtschreiber eine Austrittsanalyse an, um der zunehmenden Fluktuation aktiv entgegenzutreten zu können.“, heisst es im Jahresbericht 2020. Was sind die Ergebnisse dieser Analyse? Kann festgestellt werden, dass Langenthal eine höhere Personal-Fluktuation hat als andere vergleichbare Städte, weil Arbeitsbedingungen und Löhne zu unattraktiv sind?"

Saima Linnea Sägesser
(Erstunterzeichnende)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11 C. **Eingereichte Interpellation Lerch Martin (SVP), Fehrens Jana (FDP), Grossenbacher Corinna (SVP), Sägesser Saima (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2021: Unterversorgung mit Hausärzt*innen und Kinderärzt*innen in Langenthal - wie weiter?**

Interpellationstext:

"Unterversorgung mit Hausärzt*innen und Kinderärzt*innen in Langenthal - wie weiter?"

Anfrage:

1. Ist dem Gemeinderat bekannt, dass es in Langenthal für viele Einwohnerinnen und Einwohner sehr schwierig bis unmöglich ist, eine Hausärztin/einen Hausarzt zu finden und dass viele Hausärzte/Hausärztinnen keine freien Kapazitäten mehr haben, um neue Patientinnen und Patienten aufzunehmen?
2. Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, um zur Verbesserung dieser unbefriedigenden, sich offenbar zuspitzenden Situation beizutragen? Obwohl dies nicht zu den eigentlichen Kernaufgaben der lokalen Behörden gehört, ist eine gute (haus-) ärztliche Grundversorgung für unsere Stadt von grosser Bedeutung.
3. Ist der Gemeinderat bereit, zur Verbesserung der medizinischen Grundversorgung durch Hausärzte/Hausärztinnen allenfalls unkonventionelle Mittel zu ergreifen und Wege zu gehen (beispielsweise durch Intervention bei der kantonalen Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion GSI, Vorstösse im Grossen Rat, logistische Unterstützung von jungen Hausärzten/Hausärztinnen, damit diese in Langenthal praktizieren, Promotions-, Koordinationsmassnahmen, etc.)?
4. Die obigen 3 Fragen und die nachfolgende Begründung beziehen sich sinngemäss auch auf Kinderärzt*innen.

Begründung: In letzter Zeit haben die Meldungen zugenommen, wonach es fast unmöglich ist, in Langenthal einen Hausarzt/eine Hausärztin zu finden. Hausärztinnen und Hausärzte bestätigen denn auch, dass sie bis 10 Anfragen pro Tag (sic!) von interessierten Personen hätten, ob diese als Patientinnen und Patienten aufgenommen werden könnten. Mangels Kapazitäten müssten die meisten dieser Anfragen abschlägig beantwortet werden, was dazu führe, dass Langenthalerinnen und Langenthaler vermehrt Hausarztpraxen in umliegenden Dörfern aufsuchten und dass der durch Hausärzte im SRO sichergestellte Notfalldienst sehr stark frequentiert werde, obwohl viele Bagatellfälle nicht dort behandelt werden müssten.

Dazu komme, dass Hausärzte, die ihre Praxis schliessen, häufig keine Nachfolgelösung finden würden, was die Unterversorgung weiter verstärke.

Die Hausärztinnen und Hausärzte erfüllen im Bereich der medizinischen Grundversorgung eine zentrale wichtige Aufgabe. Der Stellenwert dieser Aufgabe hat in letzter Zeit wohl noch zugenommen, zum Beispiel dadurch, dass Krankenkassen diverse Hausarztmodelle lanciert haben. Für ein Gemeinwesen ist es auch eine wichtige Frage der Standortattraktivität, über ein möglichst gutes System der medizinischen Grundversorgung, gerade auch durch Hausärztinnen und Hausärzte zu verfügen.

Wenn rund 75% der Patientinnen und Patienten, die den durch Hausärztinnen und Hausärzte sichergestellten Notfalldienst beim SRO aufsuchen, weil sie keinen eigenen Hausarzt haben oder dieser überlastet sind, dann ist dies ein klarer Hinweis auf die prekäre Situation.

Die Interpellanten und die Unterzeichnenden würden es deshalb begrüessen, wenn der Gemeinderat in dieser Sache aktiv würde. Die Interpellanten und Unterzeichnenden könnten sich vorstellen, dass der Gemeinderat beim Kanton interveniert, z.B. durch einen Vorstoss durch ein Grossratsmitglied im Kantonsparlament oder durch eine direkte Vorsprache bei der zuständigen Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion GSI. Weiter könnte Hilfe zur Selbsthilfe zielführend sein, indem potenzielle Hausärztinnen und Hausärzte auf geeignete Weise unterstützt würden (Räumlichkeiten, Infrastrukturen, Promotion, Unterstützung von Kooperationsmodellen, etc.), wie dies andere Gemeinden teilweise schon praktizieren."

Martin Lerch

(Erstunterzeichnender)



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 29. November 2021

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 29. November 2021

In eigener Sache

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Die nächste Stadtratssitzung findet am Montag, 20. Dezember 2021 statt. Wie Sie sahen, beginnt diese Sitzung bereits um 17.00 Uhr und Sie erhielten ja auch bereits die Einladung für das anschliessende Essen. Ich hoffe fest, dass wir dies im Rahmen der Massnahmen durchführen können. Wir wissen aber noch nicht genau, was dann in drei Wochen sein wird. Aber wir sind einmal zuversichtlich und es wäre schön, wir könnten wieder einmal in einem gemütlichen Rahmen zusammensitzen. Diejenigen, die die Anmeldung noch nicht abschickten, sind gebeten dies noch in den nächsten Tagen nachzuholen.

Ich danke allen für das aktive Mitmachen, sodass wir trotz all dieser vielen Fragen und den interessanten Diskussionen die Sitzung bequem beenden konnten. So wünsche ich Ihnen allen eine ganz schöne Adventszeit und hoffentlich auch ein bisschen Ruhe und wir sehen uns somit wieder am 20. Dezember 2021.